

Wegpreis:

Für den Monat Februar 1923 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Oesterreich und Luxemburg 3600 M., für das übrige Ausland 4600 M. ...

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhof 292-293
Verlag: Dönhof 2506-2507

Sonnabend, den 17. Februar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postkontos: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Dörsner-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:

Die ständige Reklamemagazin kostet 500 M. Reklamemagazin 4000 M.
„Kleiner Anzeiger“ das festgedruckte Wort 100 M. ...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. ...

Schatkanzler Baldwin über Englands Haltung.

Starke Minderheit für den Antrag der Arbeiterpartei.

London, 16. Februar. (W.B.) Der Schatzkanzler Baldwin ergriff heute in der Unterhausansprache über den Abänderungsantrag nach den Reden von Snowden und Ramsay MacDonald das Wort und sagte, der Punkt, der aus der Rede MacDonalds hervorragt, sei, daß nach dessen Ansicht England unverzüglich mit Frankreich brechen müsse, während es die Ansicht der Regierung sei, daß

keine günstiger Augenblick dafür wäre. (Zwischenruf: Oh, Oh!) MacDonald scheint zu denken, daß es für England leicht wäre, mit all den Angelegenheiten Europas und der Welt fertig zu werden. England wünsche Frieden und eine Regelung aller europäischen Angelegenheiten. Die Regierung sei der Ansicht, daß dieses Ziel eher von Großbritannien erreicht werden könne, wenn es seine Freundschaft mit dem französischen Alliierten aufrechterhalte in der Hoffnung und dem Glauben, daß die Zeit kommen könne, wo die Dienste Englands als Vermittlers und Helfers möglich und wirksam sein könnten.

Jedermann erkenne, wie furchtbar die Katastrophe sei, die über Europa herabgebrochen sei, aber wenige seien in der Lage gewesen, ein Heilmittel vorzuschlagen, nicht einmal Lloyd George. Es sei möglich, daß England für einige Zeit die europäischen Märkte verliere; dies würde zu seinem Schaden sein. Es würde jedoch den Gipfel der Torheit bedeuten, wenn die Leute, die für die Regierung des Landes verantwortlich seien, nicht alles täten, was in ihrer Gewalt läge, um den englischen Handel mit den Märkten außerhalb Europas zu vermindern. Wenn die Lage Europas für viele Jahre schlecht bleiben sollte, so würde, wie er glaube, England durch seine Beziehungen innerhalb des Britischen Reiches das erste Land sein, das durch seinen Handel auf eine feste Grundlage käme. Die Regierung strebe mit aller Macht nach Frieden, und er glaube, daß ihre Bemühungen noch erfolgreich sein könnten.

Die Unterhausdebatte.

London, 16. Februar. (W.B.) Cignes erklärte bei Einbringung der Abänderungsanträge der Arbeiterpartei zur Adresse, er sei überzeugt, daß die auswärtige Politik zum großen Teil die Ursache der industriellen Verwirrung und des wirtschaftlichen Zusammenbruchs sei. Die Behandlung Rußlands durch England habe die russische Regierung mehr gestört als geschwächt und die Stellung Englands geschwächt. Zwischen Frankreich und Deutschland sei Feindschaft und Haß durch die Politik Frankreichs hervorgerufen worden. Der Premierminister habe zu früh den Rückzug angetreten und habe viel Furcht gezeigt. Die Regierung habe versäumt, ihre endgültige Politik bekanntzugeben. Man würde gern von ihr hören, ob nach ihrer Ansicht die Forderung Frankreichs nach Reparationen in eine Rechtsfertigung für eine dauernde Besetzung und Unterdrückung Deutschlands umgewandelt worden sei. Er hoffe, die Regierung werde deutlich erklären, daß sie einen Widerstand gegen die natürliche Entwicklung irgendeiner Nation, sei es Deutschland oder einer anderen, nicht billige. Seit langem scheine die Mehrzahl der Anhänger der Regierung der Ansicht zu sein, daß ein gedeihendes, zufriedenes Deutschland für den Frieden und die Wohlfahrt der Welt wesentlich sei. Die Arbeiterpartei verwerfe die unnatürliche Doktrin, daß Deutschland verhindert werden müsse, stark genug zu werden, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. — Für die Arbeitslosenfrage sei das wahre und hauptsächlichste Heilmittel eine

furchtslose Abänderung der Friedensverträge

(hört, hört!); sie könne nicht ohne eine Konferenz stattfinden. Diese würde jedoch scheitern, wenn nicht vorher die erbärmliche Fehlerhaftigkeit so vieler Teile des Versailler Vertrages allgemein von allen beteiligten Regierungen anerkannt werde.

Der Arbeitsminister erklärte, die Zahl der Arbeitslosen sei noch erschreckend groß, aber sie nehme ständig ab, in den ersten fünf Wochen des Jahres um 500 000. Durch die Pläne der Regierung für Beschaffung von Arbeit und verschiedene von der Regierung getroffene Maßnahmen sei mittelbar und unmittelbar 200 000 Arbeitern Arbeit verschafft worden.

Lord Bercu sagte zu dem Vorschlag, den Völkerbund mit der Regelung der Reparationen zu betrauen, fast alle und die schlimmsten Fehler der auswärtigen Politik seien begangen worden durch Verträge, Rat zu erteilen, wo erkannt worden sei, daß Rat nicht gewünscht werde. Die Regierung dürfe nicht erlurcht werden, von ihrer wackelnden Haltung abzugehen.

Lord Cavendish Bentinck erklärte, der Streit zwischen Frankreich und Deutschland müsse im Interesse der englischen Arbeiterklasse aus dem Wege geräumt werden. Die Jagd nach Schätzen, auf die sich Lloyd George begeben habe, als er nach Versailles gegangen sei, habe England nichts gebracht als Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Verluste. Die gesamten Fragen müßten dem Völkerbund überwiegen werden.

Lee Smith (Arbeiterpartei) führte aus, die Politiker, die gegen die phantastischen Forderungen des Jahres 1918 angeknüpft hätten, seien gerechtfertigt worden. Die gesamte Politik und Haltung der britischen Regierung gegenüber Frankreich sei verwerflich. Sie bedeute unter anderem

das zynische Verleihen einer Aktion, die durch geschwähligte Gründe nicht gerechtfertigt

sei. Er könne nichts im Friedensvertrag sehen, was einer einzelnen Macht gestatte, ohne Zustimmung ihrer Alliierten jederzeit in Deutschland einzumarschieren, wenn ihr dies gut scheine. Lee Smith trat für umfassende Revision der Friedensverträge ein.

Wise (Unionist) sagte, augenblicklich sei es unmöglich, von Deutschland Reparationen zu erlangen, aber wenn es zu einer Re-

gelung komme, so müsse man die Sicherheit haben, daß Deutschland ein starker Strich um den Hals gelegt werde. Man müsse dafür sorgen, daß die Alliierten Deutschland gegenüber in angemessener Weise konkurrieren könnten.

Trevethan (Arbeiterpartei) glaubt, es würde, ebenso wie in England, in der ganzen Welt einen starken Widerhall finden, wenn Großbritannien erklärte, daß die

Zeit für eine Revision des Versailler Vertrages gekommen sei. So stark könne der Widerhall sein, daß die Franzosen vielleicht beginnen würden, zu fühlen, daß sie nicht unbegrenzt die Ansicht der Welt unbeachtet lassen könnten. Jeder Vorschlag für die Revision müsse begleitet sein von einem Sicherheitsangebot für Frankreich. Der Friedensvertrag biete Frankreich falsche Arten von Sicherheiten.

Ein lebhafter Wortwechsel zwischen dem Kommunisten Rembold und dem Arbeiterparteilager Maclear wäre fast in Laichkeiten ausgeartet. Schließlich hat Rembold um Entschuldigung, womit der Zwischenfall beendet war.

London, 16. Februar. (W.B.) Im Unterhaus wurde der Abänderungsantrag der Arbeiterpartei zur Antwort auf die Thronrede, in dem der auswärtigen Politik der Regierung die Schuld an der Arbeitslosigkeit in England zugeschrieben wird, mit 277 gegen 180 Stimmen abgelehnt, also mit einer Regierungsmehrheit von 97 Stimmen.

Danach müssen die meisten anwesenden Liberalen beider Richtungen für den Antrag der Arbeiterpartei gestimmt haben.

Le Trocquer ergebnislos abgereist.

Paris, 16. Februar. (E.E.) Dem „Temps“ wird aus London gemeldet, daß die mit der englischen Regierung wegen Uebernahme der Bahnlilien im englischen besetzten Gebiet geführten Verhandlungen, die um 11.30 Uhr begannen, um 1 Uhr mittags beendet wurden. Es heißt, daß ein Einvernehmen noch nicht erzielt werden konnte und daß die Beratungen später wieder aufgenommen werden würden.

Le Trocquer reiste heute 8 Uhr abends nach Paris zurück. Er überbringt Gegenvorschläge der englischen Regierung, die nunmehr dem französischen Kabinett zur Entscheidung vorgelegt werden sollen. Savas glaubt, daß dem Verlangen Le Trocquers nach Abtretung der Bahnlinie Düren—Trier stattgegeben werden wird.

London, 16. Februar. (W.B.) „Evening Standard“ zufolge endete die englisch-französische Konferenz in der Downing Street heute so gut wie auf einem toten Punkt. Die Engländer haben es für den Augenblick abgelehnt, dem französischen Ersuchen zuzustimmen. Es wird erklärt, daß Minister Le Trocquer mitgeteilt habe, daß gewisse Fragen aufgeworfen wurden, die er nicht befugt wäre zu entscheiden, und daß er nach Paris zurückkehren müsse, um sich mit seiner Regierung zu besprechen. Eine maßgebende Persönlichkeit hat heute „Evening Standard“ zufolge erklärt, daß die Ansichten beider Regierungen verschieden seien. Die britischen Vertreter hätten erklärt, daß die Transportzugestände, um die Frankreich ersuche, zu Kompensationen führen würden und diese Ansicht werde unterstützt durch Berichte der englischen militärischen Sachverständigen an Ort und Stelle. Minister Le Trocquer sei immer noch optimistisch, er sei der Ansicht, daß die Sache in keiner Weise die Entente berühre. In Anbetracht der heiklen Natur der Verhandlungen sei man übereingekommen, daß im Augenblick keinerlei öffentliche Mitteilung erfolgen solle. Die britischen Vorschläge würden dem französischen Kabinett unterbreitet werden und seien, wie verlautet, derart, daß es für Minister Le Trocquer nicht notwendig sei, zu ihrer Erörterung nach London zurückzukehren.

London, 16. Februar. (E.P.) „Daily Herald“ fordert die Beibehaltung der englischen Truppen am Rhein und verlangt von der Arbeiterpartei, im Parlament gegen den Rückzug zu stimmen. England dürfe nicht die französische Operation erleichtern dadurch, daß es den Franzosen gestatte, ihre Züge durch die englische Zone zu führen. Die französische Regierung suche offensichtlich, Bonar Law zum Nachgeben zu zwingen. Wenn die englische Regierung aber nicht widerstehen würde, so würde sie dadurch so entschert, daß es in diesem Falle vorteilhafter wäre, die Truppen sofort zurückzuziehen.

„Temps“ gegen englische Vermittlung.

Paris, 16. Februar. (E.P.) Der „Temps“ teilt in bezug auf die Rede Lord Greys, worin dieser eine Intervention an der Ruhr befürwortet, mit, daß Frankreich keinerlei Vermittlung annehmen werde. Wenn die deutsche Regierung Verhandlungsvorschläge zu machen haben werde, so habe sie dies ohne jede Zustimmung einer Vermittlung Frankreich und Belgien zu unterbreiten, die darüber gemeinsam mit den Alliierten beraten werden. Auf alle Fälle aber werde Frankreich an der Ruhr bleiben, solange es nötig sei. Die Alliierten sehen heute die Kampagne zugunsten der Räumung der Kölner Zone durch die Engländer sehr, die vom militärischen und technischen Standpunkte aus für Frankreich nur Vorteile hätte, vom politischen Standpunkte aus müsse dafür gesorgt werden, daß die Deutschen darin nicht eine Ermunterung für ihren Widerstand sehen.

Deutschland und Polen.

Seit Herbst 1922 wird an einer Neuordnung der Verhältnisse zwischen Deutschland und Polen von offizieller Seite planmäßig gearbeitet. Es war eine politische Selbstverständlichkeit, daß hierbei die penultima Probleme, das sind die territorialen, für eine zunächst unabsehbare Zeit zurückgestellt wurden. Ihre restlose Lösung wird wohl erst in einer neuen Kulturperiode möglich werden, wenn die Völker es gelernt haben, auf Gebieten gemeinsamer Siedlung sich politische Einrichtungen zu schaffen, die alle Beteiligten befriedigen. Im übrigen jedoch umfassen die Dresdener Verhandlungen so ziemlich alle Fragen, welche bei der Herstellung korrekter nachbarschaftlicher Beziehungen in Betracht kommen.

Und doch sind es wieder nur Punkte formaler Art, juristische, wirtschaftliche, administrative Angelegenheiten, die von den vielföpfigen Sachkommissionen in Dresden geregelt werden.

Daneben bleibt noch ein ungeheures Gebiet völlig unberührt. Es ist das der inneren gegenseitigen Einstellung und der lebendigen Politik. Und da stellt es sich nun heraus, daß neben der Revision der äußeren, administrativen Beziehungen vor allem eine Revision der Vorstellungen nottut. In einem großen Teil der deutschen Presse wird vielfach noch mit Vorstellungen operiert, wie sie der Polenpolitik zurzeit Bismarcks zugrunde lagen. Als Typus des Polen gilt dort noch der „Schlachzig“, der in Monaten den Rest seines Vermögens verspielt. Reaktionäre Adelsbesitzer, finsterner Merkantilismus und die sprichwörtliche schlechte Wirtschaft gelten als die bestimmenden Faktoren des staatlichen Lebens. Es wird der Glaube genährt, daß Polen, ganz ebenso wie Frankreich, nur auf den Augenblick wartet, um Deutschland den Todesstoß zu versetzen. Und es wird schließlich die Lösung ausgegeben: Polen ist ein Saisonstaat, der uns nichts anhaben kann, weil er durch seine administrative Unfähigkeit zu baldigem Zusammensturz verurteilt ist.

Das alles sind längst überholte Klischees. Polen als Ganzes weist heute eine völlig andere Physiognomie auf. Wohl gibt es dort, wie in allen Staaten, eine starke nationalstaatliche Partei, in deren Augen der nationale Egoismus alle Mittel heiligt, die den Würden des Präsidenten Narutowicz ebenso glorifiziert, wie die Kathenau-Würden in gewissen deutschen Kreisen gefeiert wurden. Diese Partei verleiht jedoch dem polnischen Staat nicht mehr ihr Gepräge.

Vor allem ist der durchschnittliche Typus des heutigen Polen ein völlig geänderter. Für das polnische Staatsleben ist der Umstand entscheidend geworden, daß nicht nur die tüchtigsten Vertreter der drei früheren Teilgebiete mit den in Rußland, Oesterreich und Deutschland gesammelten politischen Erfahrungen und wirtschaftlichen Beziehungen sich zusammengefunden haben, sondern daß auch zahlreiche Auslands-polen nach der wiedererlangten Heimat zurückgekehrt sind. An die Stelle des Magnaten, der die polnischen Wälder im Ausland verpraht, tritt nun der polnische Techniker, Finanzier, Kaufmann und Arbeiter, der das im Ausland gesammelte Wissen und Vermögen der Heimat zur Verfügung stellt. Besonders die aus Rußland, Amerika und der Schweiz heimgekehrten Polen bilden einen demokratischen, fortschrittlichen Einschlag, der erheblich dazu beigetragen hat, eine neue Atmosphäre in Polen vorzubereiten.

Allerdings gelangten diese Neupolen erst gelegentlich der letzten Sejmwahlen zu ausschlaggebendem Einfluß im Staatsleben. Der Ministerpräsident, General Sikorski, unterstützt vom Staatspräsidenten Wojciechowski, hat ein Programm der Verbesserung der Republik aufgestellt, das eine Umgestaltung der ganzen Staatsmaschine einleitet. Er hatte den Mut, den Sejmparteien ihre Fehler rückwärtslos vorzuhalten, ja, er wagte es, die Organisation „Kozwoj“, die Hochburg reaktionärer Willkür, aufzulösen. Ohne Verzug wurde dann von der Regierung eine energische Aktion zur Sanierung der polnischen Finanzen eingeleitet. In einer Konferenz aller bisherigen polnischen Finanzminister wurden einschneidende Reformmaßnahmen beschlossen, vor allem die sofortige Reduzierung der Kosten der Staatsverwaltung durch einen mit ausgedehnten Vollmachten ausgestatteten Sparsamkeitskommissar.

Alles scheint also darauf hinzuweisen, daß Polen sich nicht dem Zerfall nähert, sondern im Gegenteil die Bahn der inneren Konsolidierung und der Entwicklung im Sinne eines fortschrittlichen Rechtsstaates betritt.

Am meisten revisionsbedürftig aber sind die Anschauungen über die außenpolitischen Absichten Polens. Dies muß mit Nachdruck gesagt werden, weil schlecht informierte oder unvorsichtige deutsche Journalisten und Politiker hier ein Spiel unterführen, das sich nur gegen die Interessen Deutschlands lehnen kann. Es gilt in gewissen Kreisen als Beweis patriotischer Gesinnung, von dem „Säbelrasen“ Polens und seinen Absichten, sei es Deutschland, sei es Rußland mit Krieg zu überziehen, zu berichten. So wird die deutsche Öffentlichkeit unablässig in eine Aufregung und Abwehrstimmung hineingeheißt, zu der in Wahrheit kein Anlaß vorliegt.

Seit dem Friedensschluß mit Rußland verfolgt Polen eine entschlossene Friedenspolitik, deren es für seine wirt-

Schaffliche Entwicklung dringend bedarf, und in der es sich durch keinerlei Provokationen beirren läßt. Sein inneres Verhältnis zu Deutschland hat sich seit der Entscheidung der oberösterreichischen Frage völlig geändert. Alle polnischen Parteien haben klar eingesehen, daß Polen, ungeachtet seines gegebenen politischen Bündnisses mit Frankreich in einer engen, unidischen wirtschaftlichen Solidarität mit Deutschland verbleibt. Daraus ergibt sich für Polen eine äußerst schwierige politische Lage, der es in allen seinen Kundgebungen Rechnung zu tragen bemüht ist.

Im europäischen Osten wird jetzt ein recht kompliziertes Provokationsspiel getrieben, dessen Ziel Polen ist. Elemente verschiedener Art wollen es um jeden Preis zu einem Krieg bringen, weil sie sich davon den Sieg ihrer Sache versprechen. Ein Artikel Miljukows in den „Bolesdnja Nowosti“ und die Moskauer Berichte von Bergen Selds in der „Chicago Tribune“ werfen ziemlich helles Licht auf diese Bemühungen. Die Reste der russischen Monarchistenarmee drängen Polen zum Kriege und wollen ihm zu Hilfe eilen, um die Sowjetherrschaft zu vernichten.

Diesem Spiel leisten jene Zeitungs-korrespondenten und Politiker Vorschub, die ohne die Sachlage näher zu prüfen, ins Kriegshorn stoßen. Eine vernünftige Politik würde Polen nicht mit aller Macht ins Lager der Feinde treiben, sondern im Gegenteil seine Friedensbedingungen dazu ausnützen, um das nachbarliche Verhältnis immer besser zu gestalten. Niemand weiß, wie die Würfel fallen werden. Das benachbarte Polen aber ist heute ein Faktor, der weder als Freund noch als Feind unterschätzt werden darf.

Memel unter litauischer Oberhoheit.

Paris, 16. Februar. (M.B.) Die Botschafterkonferenz hat sich heute mit der Memelfrage beschäftigt. Sie hat Kenntnis genommen von den Telegrammen Clemenceaus, nach denen sich die revolutionäre Regierung Simonais zurückgezogen hat und man zur Bildung einer neuen von den Alliierten anerkannten Regierung unter dem Vorsteh von Gallus geschritten ist, die sich aus 3 Memelländern, 1 Litauer und 2 deutschen Mitgliedern zusammensetzt. Die revolutionären Freiwilligen haben mit der Räumung des Gebietes begonnen. Die alliierten Truppen haben die ihnen zugewiesenen Abschnitte besetzt. Da die von den Alliierten gestellten Bedingungen zunächst erfüllt sind, hat die Botschafterkonferenz heute in Gemäßheit des ihr von den Alliierten Regierungen zugesprochenen Mandats eine den Häfen von Memel betreffende Entscheidung gefällt, die die Souveränität über das mittlere Memelgebiet den Litauern zuspricht. Diese Entscheidung wurde unverzüglich den Vertretern der Alliierten in Kommo telegraphiert, welche Weisung haben, sie der litauischen Regierung mitzuteilen. Die Entscheidung wird gleichzeitig der Memeler Regierung durch Vermittlung der außerordentlichen Kommission mitgeteilt werden. Gleichzeitig wurde die Entscheidung den interessierten alliierten Regierungen mitgeteilt.

Der Spruch der Botschafterkonferenz macht dem Rätselraten über das Schicksal des Memelgebietes, das nach dem vor einigen Wochen stattgefundenen litauischen Putsch eingeleitet hatte, ein Ende. Die Vertreter der alliierten Mächte haben es zwar, im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Autorität, als notwendig erachtet, die von den Putschisten eingesetzte Regierung Simonais zu entfernen, das Gebiet von den litauischen Freischärlern räumen zu lassen und eine aus drei Memelländern, einem Litauer und zwei Deutschen bestehende Regierung einzusetzen. Aber durch die gleichzeitige Entscheidung, wonach die Oberhoheit über das mittlere Memelgebiet den Litauern zugesprochen wird, hat die Botschafterkonferenz de facto die verhängte Angliederung des größten Teiles dieses Gebietes an Litauen ausgesprochen. Wie aus weiteren Meldungen hervorgeht, scheint für die Stadt Memel eine Autonomie vorgesehen zu sein. Gleichzeitig soll noch die See- und Flußschiffahrt, sowie die Hafenerwaltung so organisiert werden, daß die Inter-

essen der litauischen und der polnischen Gebiete, deren natürlicher Ausgangspunkt Memel ist, gewahrt bleiben.

Diese Regelung der Memelfrage durch die Botschafterkonferenz bedeutet den Versuch eines Kompromisses zwischen den litauischen und den polnischen Ansprüchen, die sich in Memel kreuzen. Ob sich Polen mit dieser Entscheidung, die den Litauern in außerordentlichem Maße entgegenkommt, abfinden wird, erscheint nach den bisherigen Verlautbarungen aus Polen recht fraglich. Auch die Bevölkerung des Memellandes selbst dürfte diese Entscheidung mit Jörn und Erbitterung hinnehmen. Bei der freiwilligen Volksabstimmung im November 1921, bei der von 70 000 Wahlberechtigten 55 000 stimmten, hat sich die übergroße Mehrheit für Deutschland ausgesprochen. Nachdem eine Option für Deutschland durch den Völkervertrag unterlagert wurde, hat sich die Bevölkerung des Memellandes zu einem überwiegenden Teil für die Errichtung eines Freistaates ausgesprochen. Auch dieser Wunsch der Bevölkerung ist durch diejenige Entscheidung der Botschafterkonferenz unberücksichtigt gelassen worden. Der feierlich proklamierte Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker ist auch durch diesen Beschluß in sein Gegenteil verkehrt und zum Gegenstand des Schachens zwischen den einzelnen Staaten herabgedrückt worden.

Deutschland hat laut Artikel 99 des Versailler Friedensvertrages die Bestimmungen anzuerkennen, welche die alliierten Hauptmächte in Bezug auf das Memelgebiet treffen. Es kann gegen die Entscheidung der Botschafterkonferenz keinen Einspruch erheben, es kann lediglich vor aller Welt auf die Tatsache hinweisen, daß die Entscheidung über das Schicksal des Memelgebietes über die Köpfe der Bevölkerung hinweg, im Widerspruch zu ihrem klar ausgedrückten Willen getroffen wurde, und daß der Versuch, eine Mittellinie zwischen den Ansprüchen Polens und Litauens zu finden, keinen der beiden Partner befriedigen, sondern nur den Keim für neue Verwicklungen im Osten legen wird.

Die Notlüge der Scham.

Der unsagbare tiefe Fall des offiziellen Frankreich von der Nation der Menschenrechte, die Friedrich Schiller zum Ehrenbürger ernannte, zum Peitschen eines wehrlosen Nachbarvolkes wird offenbar sogar in der französischen Regierung empfunden. Wir finden in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ vom 14. Februar folgende Pariser Depesche, die durch das deutsche W.P.R. nicht verbreitet worden ist, weil es sie nach seiner uns gemachten Angabe nicht erhalten hat:

Paris, 13. Februar. (Agence Haas.) Gemisse im Ausland verbreitete Nachrichten, die den Zweck verfolgen, Frankreich kriegerische Pläne zuzuschreiben, rufen in hiesigen maßgebenden Kreisen das größte Erstaunen hervor, da sie mit den durchaus friedlichen Absichten der leitenden Kreise Frankreichs in schroffem Widerspruch stehen. Der diplomatische Mitarbeiter der Agence Haas ist ermächtigt, diesen Ausstellungen des kategorische und formelle Dementi entgegenzusetzen. Die Meldung der „Westminster Gazette“ wonach die französische Marine Maßnahmen zur Blockierung der Häfen von Hamburg, Bremen, Stettin und Kiel getroffen habe, gehört in den Bereich der lächerlichsten Phantasie, ebenso wie die Meldung der „Frankfurter Zeitung“, die sie aus New York erhalten haben will, wonach eine Kriegserklärung Frankreichs nahe bevorstünde. Was die Vorjälle anlangt, die sich nach den Berichten einiger deutscher Blätter im Theater in Recklinghausen abgespielt haben sollen, wo, wie man in Berlin behauptet, die Franzosen die Zuschauer mit der Peitsche hinarbeiteten hätten, so sind dies reine Erfindungen von Berichterstattern mit überhöhter Phantasie.

Wir wollten, das Dementi hätte recht, aber leider ist an der Schandtat von Recklinghausen, die nicht „einige“, sondern die allermeisten deutschen Blätter berichtet haben, ebensowenig zu deuteln und zu drehen wie an der brutalen Verhinderung der Donnerstagsvorstellung des Essener Stadttheaters aus Rache für die Freiheitskündigung bei der Wittwochaufführung von Schillers „Wilhelm Tell“.

Danach müßte man auch dem übrigen Dementi kritisch

gegenüberstehen, wenn es sich dabei nicht um Frankreich geschriebene Absichten handeln würde, deren Ausführung Frankreich in allerhand Konflikte bringen könnte, die man aber nicht so leicht „lösen“ könnte wie — mit der Peitsche gegen Wehrlose!

Zu dem Haas-Dementi sagt der Ruhrgebiet-Berichterstatter des „Londoner Daily Chronicle“, George Kenwick: Ich kann nur mit äußerstem Nachdruck versichern, daß jedes Wort des deutschen Berichtes absolut wahr gewesen ist.

Da die Abordnung der Stadtverordneten Recklinghausens, die bei dem französischen Oberbefehlshaber Bescherde führen wollte, von diesem nicht vorgelassen wurde, hat Regierungspresident Gröner auf Grund der Berichte, die ihm die Abordnung erstattete, an die verantwortlichen Generäle Protokolle schreiben gerichtet. Er erklärt darin, daß die Vorgänge in Recklinghausen jede Vorstellungsmöglichkeit überschreiten und fordert die Generale auf, ihre Pflicht als Offiziere und Menschen zu tun.

Und eine Schamlosigkeit dazu.

Erlar, 16. Februar. (M.B.) Am 25. und 26. Januar waren von den die Straßen „säubernden“ Truppen zwei katholische Geistliche mit dem Säbel geschlagen worden. Daraufhin hat der Bischof von Erlar bei dem Bezirksdelegierten Beschwerde erhoben. In dem Antwortschreiben sagt der Bezirksdelegierte u. a.: Ihr Schreiben ist mir ein wertvolles Dokument für die wahrhaft vornehme Mäßigung, mit der meine Elterntuppen bei den letzten Vorfällen vorgegangen sind.

Paris, 16. Februar. (Eca.) Nach einer Meldung der „Liberte“ aus Düsseldorf ist in der Nähe von Jüngerath ein deutscher Eisenbahnarbeiter von einer französischen Feldwache erschossen worden, weil er eine Signallaterne von ihrer Stelle zu entfernen im Begriff war.

Geldentwertung und Steuern.

Der Steuerzuschuß des Reichstags beendete am Freitag die erste Sitzung des Entwurfs eines Gesetzes über die Verbilligung der Geldentwertung in den Steuerangelegenheiten. Nachdem zunächst gegen den Widerstand der Sozialdemokraten die Aufhebung des Depotsatzes beschlossen wurde, entspann sich eine längere Aussprache über die vom Unterausschuß vorgeschlagenen Bestimmungen über die Wertermittlung und Abhebung der Beiträge für Instandhaltung und Wiederbeschaffung von steuerpflichtigen Einkommen.

Nach den Anträgen des Unterausschusses soll eine Zahlung, die nicht rechtzeitig eintrifft, für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angehenden Kalendermonat mit einem Zuschlag von 10 Proz., und falls die Zahlung länger als drei Monate in Rückstand bleibt, mit einem solchen von 20 Proz. bedacht werden. Der sozialdemokratische Antrag, den Goldzollzuschlag als Maßstab für künftige Zahl zu benutzen, wurde von den bürgerlichen Parteien abgelehnt, ebenso der Antrag eines Zentrumsvertreters, statt 10 Proz. 20 Proz. zu nehmen; der Antrag des Unterausschusses wird gegen die Stimmen der Linken angenommen. Auch die übrigen Anträge des Unterausschusses fanden unbeschadet Annahme. Die Vertreter der Sozialdemokratie wiesen nochmals darauf hin, daß diese Bestimmungen entscheidend seien für die Aktion der Regierung und der Reichsbank. Selbige es nicht, die Steuerleistung zu vervielfachen und so die Bankrotentstehung einzudämmen, dann bedeute das die nächste Verschleuderung von Milliarden. Kein Mensch verstehe, daß gegenüber kahlen Steuerzahlern außergewöhnlich düdend vorgegangen wird.

Von den noch nach den Vorschlägen des Unterausschusses angenommenen Anträgen sind diejenigen bemerkenswert, die eine Änderung der Bestimmungen über den Tarif zur Vermögenssteuer und zur Zwangsrente bringen. In den meisten Fällen enthalten sie eine wesentliche Erleichterung für die Steuerzahler.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses haben für die zweite Lesung eine Reihe neuer Anträge in Aussicht gestellt und keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Gesetz in seiner jetzigen Fassung das Gegenteil von dem ist, was es in Wirklichkeit sein sollte und daß es deshalb für die Sozialdemokratie unannehmbar bleibt.

Wilhelm Tell im Staatstheater.

Die Intrudanz des Staatstheaters hatte der Oeffentlichkeit mitgeteilt, daß sie mit der Wiederaufführung des „Wilhelm Tell“ einen Akt der vaterländischen Kunstpflege vollziehen wollte. In das festlich gespannte Haus hatte man den Reichspräsidenten Ebert, die Minister des Reiches und Preußens eingeladen. Der Reichstagspräsident Loeb sah unter den Zuschauern. Am Rang und im Parterre bemerkte man Parlamentarier aller Richtungen. So blieb es nicht aus, daß dieses „Tell“-Spiel in bewegter politischer Zeit die Zuschauer festig an die Gegenwart heranriß. Als der Küstschwur geleistet war und die Eidesfinger sich senkten, ging die Stimmung auf den Zuschauerraum über. Im Parterre und in den Rängen erhob man sich, und dann wurde stehend „Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen. Keiner sträubte sich gegen diese Kundgebung. Der Reichspräsident trat dicht an die Brüstung seiner Loge, und die Neugierigen konnten feststellen, daß auch die Umgebung des Reichsoberhauptes mit kräftiger Stimme am patriotischen Gesange teilnahm. Überall dort, wo zum Kampf wurde, dröhnte lauter Beifall in das Spiel der Künstler hinein. Als Klinginghuser seine prophetische Warnung zur Einigkeit ausgesprochen hatte, die nachher die Hände der Eidgenossen zusammenschmiedet, wurde das Theater zu einer neuen Kundgebung fortgerissen. Zum Schluß vergaßen die von dem höchsten Sinnspiel ihres nationalen Beides mitleideten. Sie freuten sich nur noch der Kunst. Sie lehrten den Künstler und den Intendanten und Regisseur Jehner, der im richtigen Augenblick den „Tell“ wiedererweckt hatte.

Die Kerosen werden seitdem empfindlich, wenn sie auf ein solches Stück des Auftritts in Tagen der inneren Erregung eingestimmt werden. Es muß auch dem Regisseur zugestehen sein, daß er Szenen und Töne, die sonst nur einen milderen Akzent verrieten, besonders scharf herausarbeitete. Sonst wurde das Großen der Fronarbeiter, die die Feste bei aufbauen müssen, nicht so dumpf und trotzdem so aufreizend empfunden, wie an diesem demütigen Abend. Das Großen der Schwärze gegen den kaiserlichen Reichsoberhaupt schnitt nicht minder empörend in die Ohren. Der Regisseur hatte da eine unirdische Wut erzeugt, die leicht bei einer anderen Aufführung zu laut gewesen wäre, die aber bei diesem Spiele die richtige Stimmung erzeugte. Der Psychologe des Theaters konnte sich bei eigenartigen Bahnebnungen überlassen. Die Unterscheidung zwischen dem sonnigen Leben in Tellens Heimat, wälderhafter und zwischen dem Ernst des Hochaltars, auf dem der Küstschwur geleistet wurde, pflegte sonst nur eine Unterscheidung, geschaffen durch den Scheinwerfer, zu sein. In dem Regisseur diesmal das Idyllische im Tellhaus viel zu leichtfertig betonte, indem er das Männliche der Verschwiegenheit viel zu dunkel und wässrig aufbrausen ließ, gab er Gegenfälle, die sich künstlerisch kaum

rechtfertigen lassen, die sich aber mit der Augenblicksmeinung des Parteis vorzüglich vertrugen. Die ganze Aufführung war eigentlich nicht ein absolutes Spiel, sie war nur ein Gelegenheitspiel für dieses einmalige Schauspiel, das wiederum jeder Gelegenheit der Not und patriotischen Einleit genügt. Der Tell (Herr Laube) dieser Gelegenheitsaufführung war eigentlich gar nicht der benutzte, der sehr kräftige, der hochentschlossene Streiter. Er war eher ein Parfisi, dem zufällig ein guter Schuß gelangt, auch schon im äußerlichen etwas zu blond, etwas zu leicht. Und gar Gehler, Herrn Kortner amorettaut! Das war nur die blindwütige, aufbringliche Bestie, das war nur der brüchteste Geist der Unterdrückung und der Tyrannet. Das war gar nicht mehr ein rechnender Mensch, der schließlich doch durch Staatsweisheit, trotz seines beengten Horizontes, ein müßiges freiliebendes Volk bländigen möchte. Schon die Stimme schrie die vor zu schürftig. Trohdem man der Kunst dieses Gehler vielerlei vorzuziehen hätte, wurde er stürmisch hervorgerufen und laut gefeiert. Gesund, sehr natürlich, durchaus erfreulich war die Teils-gattin, Frau Eise Wagner. Ein schönes Temperament und versprechende Ahetorik verriet der Rudenz des Herrn Leo Reuh. Maria Leiko glänzte als Berta von Brunck eher durch den Schimmer ihres Wesens als durch die ewig wandelbare Wut ihrer Stimme. Mag Hochdorf.

Da vorne die Fabrik.

Von Erna Büsing.

Vor dem Stadtbilde liegt sie, die Fabrik, herrscher über Existenz, Leben und Tod, Sammelbecken von Wünschen, Träumen, Wünschen und Hoffnungen.

Die Fabrik strahlt und tobt, Sinnbild für unsere ganze Arbeit. Kräne tragen und verladen Lasten. Geneeinfälle haben das tote Eisen belebt. Doch das rächte sich fürchterlich. Es nahm nicht nur dem Menschen die Arbeit ab, es machte ihn selbst zur Maschine und steht im täglichen Kampf um die Erdrückung seiner Seele. Die Maschinen tosen und schreien, alles bebzt von menschlicher Schöpferkraft. Und doch kennen die Menschen keine innere Verbindung mehr mit ihrer Arbeit. Jeder einzelne weiß von sich, ich bin nur das Interesse eines finanzkräftigen Kreises. Maschinen und Häuser, die Lebensmogen der Menschheit sind selbstgehorren in Eisen und Stein. Alles schafft die Maschine, Schreibmaschinen und Kleiderbäume und Tausende von Existenzen sind oft das Fremdwort einer Modelaume. Täglich werden Lebensbedingungen geändert, Lebensmöglichkeiten genommen, fründlich kürzen Gründe ein. Alles ist in feierhafter Tätigkeit und das Hehen, das Hehen steht mit seiner Peitsche über dem Menschen.

Die sind reich und moll, weil ihre Seelen bluten. Ihre Lebensfreude ist farblos, aber tal, wie ein bunter Schmetterling, den man unter Glas spannte und ihn auf einem Schreibtisch als Briefbeschwerer plänzen läßt. Die Menschen haben Opferwilligkeit und sie wollen sich hingeben, aber nicht an Maschinen, sondern an Ideen. Der Mensch gerichtet sich selbst, Bestie und Seele zugleich.

Da vorne die Fabrik, sie arbeitet, tobt und schreit und sagt, ich und die Menschen von heute, wir sind eins und als Ganzes bilden wir das Zeltalter des Kapitalismus.

Ein neues deutsches Geschichtsbuch. Das schon vor einiger Zeit in Aussicht gestellte Preisauschreiben für ein Handbuch der neueren deutschen Geschichte ist nunmehr durch das Reichsministerium des Innern in die Wege geleitet worden. Gegenstand der Darstellung soll die Geschichte Deutschlands von der französischen Revolution bis zum Ausbruch des Weltkrieges sein. Dabei sind die politischen und wirtschaftlichen, wie die geistesgeschichtlichen und sonstigen kulturellen Tatsachen zu berücksichtigen, um so die Ursprünge und die Entwicklung der Mächte und Ideen klarzulegen, die die heutige Staatsreform Deutschlands vorbereitet und geschaffen haben. Die Darstellung ist für die Hand des Lehrers bestimmt, sie soll ihm das Bild der deutschen Geschichte geben, das er selbst beherrschen muß, um in einer deutschen Schule Geschichtsunterricht zu erteilen. Als Preise sind ausgesetzt: ein Preis von 500000 M., zwei Preise von je 300 000 M. und zwei Preise von je 200 000 M. Die Manuskripte sind bis zum 1. Dezember 1925 dem Reichsministerium des Innern einzureichen. Sollte sich bis dahin der Wert des deutschen Geldes in erheblichem Maße weiterhin verschlechtert haben, ist eine angemessene Erhöhung der Preise in Aussicht genommen.

Das Preisrichteramt haben übernommen: Universitätsprofessoren Herrner-Berlin, Ludo Hermann-Wien, Reineke-Berlin, Rothemann-Berlin, Schulte-Bonn, ferner die Herren Professoren Dr. Bersäcker-Potsdam, Reichsminister a. D. Dr. David-Darmstadt und Dr. Wessling-Trohnau bei Berlin.

Kranke und Krüppel in den Fordschen Betrieben. Unter den vielen zehntausend Arbeitern der Ford-Werke in Detroit befanden sich bei Jahreschluss 1922 nicht weniger als 6563 Arbeiter, die wir diesseits des Ozeans als nicht „vollerwerbsfähig“ bezeichnen hätten, darunter 123 mit verkrüppelten oder amputierten Armen oder Händen, 4 voll Erblindete, 207 auf einem Auge Erblindete, 253 mit fast ganz verlornener Sehkraft auf einem Auge, 36 Taubstumm, 60 Epileptiker, 4 ohne Arme und Füße, 254 mit nur einem Fuß oder einem Bein. Ford beschäftigt diese Stiefkinder des Glücks nicht aus karitativen Gründen etwa, sondern weil er der Ansicht ist, jedem Arbeitstuhenden müsse seine Chance gemacht werden; denn nach diesem Prinzip erfolgt bei Ford die Einstellung von Arbeitern. Seine Lohnbüreaus haben strikte Anweisung, daß nie ein Arbeiter wegen körperlicher Mängel abgewiesen, noch weniger auf Grund körperlicher Unfähigkeit entlassen werden dürfe. Er ist der Anschauung, daß der Blinde und der Krüppel an dem Orte, an dem er gestellt worden ist, ebensoviel Arbeit leisten kann, und deswegen ebenso viel Bezahlung erhalten muß als ein Arbeiter im Besitz seiner vollen Körperkräfte. Die Anpassung von Schrauben und Bolzen ist ein wichtiges, ein nur manuell ausführbares Stück Arbeit, zu der früher voll arbeitsfähige Männer angestellt waren. Jetzt besorgen dies voll und teilweise Erblindete, unter diesen einer im Alter von 78 Jahren, der ganz blind ist und doch alle Tage seine 6 Dollar verdient wie die übrigen Arbeiter in Fords Werken auch und seinen Lohn „wert“ ist. In einer Sonderabteilung sind mehr als 1000 Augenranke beschäftigt. Die Rekordleistungen im Ford-

Gewerkschaftsbewegung

Zu den Betriebsrätewahlen.

Die Kommunistische Partei hat zur „Eroberung“ der Betriebsvertretungen folgende „Richtlinien“ für die Tätigkeit des Betriebsrates aufgestellt:

I.

Rücksichtsloses Eintreten für die Interessen der Betriebsbelegschaft. Scharfsten Kampf gegen die Versuche, den Achtstundentag zu beseitigen, Verweigerung aller Ueberstunden auch dann, wenn die Gewerkschaften mit den Unternehmern tarifliche Ueberstundenabkommen wie im Bergbau abschließen.

II.

Unterstützung aller Bestrebungen in- und außerhalb des Betriebes für die Herstellung der „proletarischen Einheitsfront“ zur Abwehr der Angriffe der Unternehmer auf die Interessen der Arbeiter. Kampf gegen das Bündnis der Gewerkschaften mit den Unternehmern in den Arbeitsgemeinschaften, Kampf gegen das Bündnis der reformistischen Führer mit den bürgerlichen Parteien in der Koalitionsregierung als die einzigen Hindernisse für ein Bündnis aller Arbeiter zum Kampf für die Verbesserung der Lebenslage des Arbeiters.

III.

Aktive Beteiligung an dem Kampf der Betriebsrätebewegung und der Kontrollausschüsse, Unterstützung aller Bestrebungen zur Schaffung einer Arbeiterregierung, die sich auf die obengenannten Organe und auf die Gewerkschaften stützt.

IV.

Kampf gegen Ausschüsse revolutionärer Arbeiter aus den gewerkschaftlichen Organisationen durch die „reformistischen Gewerkschaftsführer“, Kampf für die Wiederaufnahme aller wegen ihrer politischen und revolutionären Betätigung ausgeschlossenen Kollegen.

Es ist demgegenüber wohl überflüssig, zu betonen, daß für alle Gewerkschaftsmitglieder nicht die kommunistischen Parteiparolen, sondern die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses gelten. Der 11. Gewerkschaftskongress in Leipzig hat die von dem Referenten über den Punkt: Betriebsräte und Gewerkschaften, Genossen E. Rörpel eingebrachte Entschließung zum Beschluß erhoben, der bezüglich der Wahlen zu den Betriebsräten besagt, daß Wahlabkommen der A.D.B.-Gewerkschaften mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen zu vermeiden sind. Kein Mitglied einer dem A.D.B. angehörenden Gewerkschaft darf sich in einem Betriebe mit einer gewerkschaftlichen Vorschlagsliste nach den Grundzügen des Leipziger Beschlusses als Kandidat auf eine Gegenliste aufstellen lassen.

Als selbstverständlich wird vorausgesetzt, daß jeder Kandidat die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses hochhält, weshalb auch von einer ausdrücklichen Verpflichtung hierzu abgesehen wird. Das bedingt natürlich, daß kein Kandidat etwa die „Richtlinien“ der Kommunistischen Partei unterschreiben oder ihnen vollumfänglich zustimmen kann.

Nun wird teilweise die merkwürdige Auffassung vertreten, daß in Betrieben, in denen es den Kommunisten gelungen ist, eine einheitliche Liste auf Grund der Richtlinien der Kommunistischen Partei aufzustellen, sich kein Gewerkschaftsmitglied als Kandidat auf eine Gewerkschaftsliste aufstellen lassen dürfe. Das gilt natürlich nur für die Fälle, in denen die Wahlvorbereitungen in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses getroffen sind, nicht aber in den Fällen, in denen die Kommunisten unter Wahrung dieser Beschlüsse vorgehen. Hier ist es geradezu Pflicht unserer Gewerkschaftsmitglieder, der kommunistischen Partei-Richtlinien-Liste, eine gewerkschaftliche Liste entgegenzustellen.

Das Paradies der bolschewistischen Bonzen.

Der Angestellte der Union, Nikolai Holz, wurde als Delegierter zu dem im November 1922 tagenden kommunistischen Kongress nach Moskau entsandt. Von dort sandte er seinem Bruder Josef Holz einen Brief, den dieser — weil er mit den Kommunisten einen Streik wegen katholischer Feiertage befohlen — in der „Hamborner Zig.“ (Zentrumsblatt) veröffentlichte. Dieser „interessante“ Brief lautet:

Moskau, den 20. November 1922.

Wir deutschen Vertreter der Union und R.P.D. fuhren am 10. November 1922 von Berlin 2. Klasse über Königsberg — Gdubkino nach Riga. Am 12. November kamen wir in Riga an und wurden in ein Hotel der russischen Bottschaft gebracht. Tzippoppes Essen, feines Zimmer mit allerhand Bequemlichkeiten. Herzliche, freundliche Aufnahme. Abends um 11 Uhr Abfahrt im Diplomatenwagen 1. Klasse (Schlafwagen mit Bett) nach Moskau. Unterwegs gab es Beden, Wurst und getrocknetes Fleisch. Eine herrliche Fahrt durch Wälder und Steppen. Am 15. November in Moskau und mit Auto nach Hotel Lux. Jeder erhielt sofort 50 Millionen Rubel und jetzt ging es ins Hotel Paris. Dort großes Diplomatenzimmer mit Schreibtisch, Sessel, Sofas, Bett mit allen herrschaftlichen Bedienelementen. Um 9 Uhr Frühstück, um 10 Uhr zweites Frühstück, um 4 Uhr großer Gala-Mittagstisch. Nebenbei noch die Festessen an der Universität, Holz, Bau, Textil und wie sie alle heißen mögen, an denen wir auch teilnehmen müssen. Unsere Konferenz findet im Kremli, dem Krönungsaal der russischen Kaiser, statt. Das Konferenzzimmer ist das Schlafzimmer der russischen Kaiserin Katharina, deren Bett noch dort steht. Die Räume sind in Gold, Seide, Perlen und Edelsteinen gehalten; die herrlichsten Teppiche liegen und hängen an den Wänden und Treppen. Wunder schöne Tage! O, würde ich bleiben können, käme ich nicht mehr nach Deutschland.

Die „Bergarbeiter-Zeitung“, die diesen hübschen Brief vor der Bergessenheit in dem Hamborner Volksblatt bewahrt hat, bemerkt dazu:

„Na, Kamerad, läßt dir nicht der Speichel im Munde zusammen, wenn du von soviel Lederen, schönen und bequemen Sachen hörst? Tröste dich, diese Diplomatenwagen 1. Klasse, Diplomatenzimmer, Sofas, Gala-Mittagstische und wunderbare Schlafzimmer mit herrschaftlicher Bedienung gibt es in Russland nur für kommunistische Führer und Sowjetangestellte. Das große Heer der schaffenden Klasse haust

in Säckern, Hirbi vor Hunger. Dem Beter sind die in der „Bergarb-Zig.“ veröffentlichten Auszüge aus den verbandsmäßigen russischen Zeitschriften bekannt, nach denen die Bergarbeiter des Donezbeckens in größter Not und Entbehrung leben. Am 1. Juni 1922 schuldete die Verwaltung den Bergarbeitern 1 Trillion 590 Milliarden Rubel Arbeitslohn. Alle Länder sammeln für das hungernde Russland, und die Spenden reichen bei weitem nicht aus. Währenddessen veranstalten die kommunistischen „Arbeiterführer“ schwelgende Gelage mit „herrschaftlicher Bedienung“ auf Kosten der hungernden Arbeiter.“

Wenn die russischen Arbeiter reden könnten! Dann wäre es mit dem ganzen Kommunismusputz in Deutschland und verschiedenen anderen Ländern mit einem Schlage zu Ende. Die deutschen Arbeiter würden ohnedem mit ihren Ausbeutern weit besser fertig.

Die neuen Schneiderlöhne.

Am 14. Februar wurde in München zwischen den zuständigen Organisationen im Schneidergewerbe das am 17. Februar endende Mannheimer Abkommen vom 29. Januar revidiert. Die dritte Lohnstufe wurde um 20 Proz. erhöht und darüber hinaus ein ab 18. Februar auf zwei Lohnwochen geltendes Lohnabkommen erzielt. Die Lohnhöhen betragen in den einzelnen Städtegruppen 85 bis 110 Proz. Die Spitzenlöhne für Herrenschneiderei wurden wie folgt festgesetzt: Städtegruppe I 1435 M., II 1320 M., IIIa 1240 M., IIIb 1190 M., IVa 1120 M., IVb 1080 M., Va 1000 M., Vb 975 M., VIa 925 M., VIb 865 M., VIIa 820 M., VIIb 760 M. Für die Damenschneider sind die Löhne in den Gruppen um 5 Proz. höher. Weibliche Arbeitskräfte erhalten rund 70 Proz. der Löhne. Das Lohnabkommen gilt für 240 Städte mit 50 000 Herren- und Damenschneidern.

Der in Abständen von zwei zu zwei Wochen erfolgenden Lohnregulierung liegt ein Teuerungsindeks zugrunde, der sich auf die in 195 Städten gemeinsam von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden laufend notierten Preise aufbaut. Aus diesen Notierungen wurde am 8. Februar gegenüber der vorausgegangenen Periode eine Steigerung von 81 bis 108 Proz. errechnet. Die höchste Steigerung von 108 Proz. ist in der Gruppe IIIb eingetreten.

Die Löhne der Mineralwasserarbeiter.

Für die Mineralwasserarbeiter sind am Donnerstag mit dem Verband Berliner Mineralwasserfabrikanen e. V. für die Arbeiter, Kutscher und Frauen für die dritte und vierte Februarwoche neue Löhne vereinbart worden. Gefordert waren für die dritte Woche für Arbeiter 50 000 M. und für die vierte Woche 55 000 M. sowie Verdoppelung der Provisionshöhe für Kutscher. Erst nach längeren gegenseitigen Verhandlungen wurde eine Einigung in der Weise erzielt, daß für die beiden letzten Wochen 50 000 M. pro Woche bewilligt wurden. Ferner eine teilweise Erhöhung der Provisionshöhe. Frauen erhalten 36 500 M., Jüngerlinge bis 18 Jahre 28 000 M. pro Woche. Für den Monat März sind zum 2. März neue Verhandlungen angesetzt.

Abzüge des Lohnabkommens sind gegen Mitgliedsausweis im Bureau des Deutschen Verkehrsbundes (Transportarbeiterverband), Engelstr. 24/25, Zimmer 31 und 33, zu haben.

Sozialdemokratie und Polizei.

Ueber dieses Thema sprach Landtagsabg. Genosse Rabold am Donnerstagsabend in einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung der Polizeibeamten, die vom Werbausschuß der V.S.P.D.-Polizeibeamten des Bezirksverbandes Groß-Berlin nach den „Brumensäden“ einberufen war. Der Redner gab in seinem Vortrag zunächst einen Rückblick auf das Verhältnis der Polizeibeamten in dem alten Obrigkeitsstaate und hob hervor, daß der alte Staat den Beamten gewisse Vorrechte eingeräumt habe, die aber im Grunde genommen nur Scheinrechte waren, denn auf politische und geistige Bewegungsfreiheit mußten die Beamten verzichten. Auch mit der Beförderung der unteren Beamten war es schlecht bestellt. Nur das Strebertum hatte die Hoffnung, in höhere Stufen aufzusteigen. Erst die Novembertage von 1918 haben auch den Beamten wirkliche staatsbürgerliche Rechte und Bewegungsfreiheit gebracht. Leider stehen noch manches nur auf dem Papier und harre erst der praktischen Verwirklichung, was in der Weimarer Verfassung für die Beamten verankert wurde. Hierunter hat besonders die Gruppe der Polizeibeamten zu leiden. Man hat versucht und versucht noch immer, die Polizeibeamten in das alte reaktionäre Fahrwasser zu lenken, namentlich hat man versucht, die neue (grüne) Polizei zur alten (blauen) in einen Gesensatz zu bringen. Der Grund dürfte sein, daß die alte Polizei bei der Umwälzung nicht nach den Wünschen der reaktionären Kreise gehandelt hat. Man ist allerdings bei Bildung der neuen Polizei von falschen Gesichtspunkten ausgegangen, indem den alten Armeeoffizieren die Führung übertragen wurde. Diese Herren mögen sich für die Ausbildung von Soldaten geeignet haben, für die Ausbildung der Polizei sind aber ganz andere Gesichtspunkte maßgebend. Ob der Schuppolizist die Hand richtig an die Hofenahne legen oder den Offizier genau nach Vorchrift prüfen kann, ist für seine Aufgaben ohne Bedeutung. Der Schuppolizist muß ein selbständiger Charakter sein, er darf nicht wie ein Rekrut angesehen, sondern hat das volle Recht, so behandelt zu werden wie jeder andere Berufsbeamte. Was den Achtstundentag anbelangt, so bin ich der Ueberzeugung, daß sich die Dienstzeit ganz gut so durchführen läßt, wie sie von der Organisation gefordert wird. An den Schuppolizisten werden in körperlicher und geistiger Beziehung ganz außerordentliche Anforderungen gestellt, und es muß verhindert werden, daß mit seinen Kräften Raubbau getrieben wird. Es kommt bei der Ausbildung weniger auf den militärischen Geist und auf sportliche Leistungen, als auf Gehehenskunde und republikanische Gesinnung an. Das Polizeirevier kann keine Rekrutenanstalt sein und zwischen Mannschaft und Offiziere muß ein möglichst vertrauliches Verhältnis obwalten. Der Kasernenton muß verschwinden. Die Vorgesetzten dürfen nicht nach ihrer militärischen Charge, sondern nach ihrer praktischen Leistungsfähigkeit bewertet werden. Schließlich wandte der Redner sich den Beförderungsfragen zu. Trotz zweifelloser Notlage des Staates werde sich doch eine bessere Beförderung der unteren Gruppen durchführen lassen. Die soziale Existenz der Polizeibeamten müsse geschützt werden. Um bessere Verhältnisse zu erreichen, sei dringend erforderlich, daß die Polizeibeamtenschaft sich im Rahmen der großen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Kampffront stelle und für

die Ziele dieser Bewegung mitkämpfe. Die Ausführungen des Redners wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

In den Vortrag schloß sich eine längere Diskussion, an der sich auch der kommunistische Landtagsabg. Anoth beteiligte. Hildebrandt, Knapp und Albinus traten energisch für den Ausschluß an die sozialdemokratische Organisation der Polizeibeamten ein. Jeder möge als Apostel für die Sozialdemokratie hinausgehen. Nachdem der Vorsitzende des Werbausschusses, Gabriel, das Programm bekräftigt hatte, trat Rabold in seinem Schlußwort einigen Ausführungen des kommunistischen Redners entgegen und hob hervor, daß Minister Seering die Rechte der Polizeibeamten stets gewahrt und immer den besten Willen zur Verbesserung ihrer Lage befundet habe. Der Minister habe aber eine böse Erbschaft vorgefunden und noch Berge des Widerstandes zu beseitigen. Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Republik und die republikanischen Polizeibeamten geschlossen.

Der französische Bergarbeiterstreik.

Die Nachrichten, die aus den verschiedenen Kohlenbeden Frankreichs vorliegen, lassen erkennen, daß die Streikbewegung an Ausdehnung gewinnt. Sowohl im Kohlenbeden des Norddepartements, wie im Kohlenbeden des Zentrums bei St. Etienne, wie schließlich im südlichen Kohlenzentrum im Departement du Gard sind Streiks ausgebrochen. Vorläufig handelt es sich noch um Teilstreiks. Während der Bergarbeiterverband, der dem französischen Gewerkschaftsbund angeschlossen, bei weitem der bedeutendere ist, mit den Unternehmern noch unterhandelt, hat der kommunistische Bergarbeiterverband den Generallstreik proklamiert. Die Regierung, der der Streik natürlich sehr unangenehm kommt, bemüht sich in letzter Stunde, den Streik durch Konzessionen zu verhindern. Sie hat den Arbeitsminister beauftragt, im Senat darauf zu dringen, daß das Pensionsgesetz der Bergarbeiter schnell verabschiedet wird. Die Regierung hat offenbar auch einen Druck auf die Zechenbesitzer ausgeübt, damit diese sich in der Lohnfrage nachgiebiger zeigen. Bei den lothringischen Kohlenbaronen, an deren Spitze de Wendel steht, sind die Mahnungen der französischen Regierung offenbar ohne Einfluß geblieben. Die Verhandlungen, die zwischen den Zechenbesitzern und den Vertretern der kommunistischen und der christlichen Bergarbeiterorganisationen Lothringens in Forbach stattgefunden haben, sind gescheitert.

Der mächtigende Einfluß des alten Bergarbeiterverbandes, der zunächst alle Verhandlungsmittel zu erschöpfen beabsichtigt ist, scheint angesichts der Erbitterung der Bergarbeiter nicht standzuhalten. Allerdings gehören die Behauptungen der „Roten Fahne“, als streikten die französischen Bergarbeiter aus Solidarität mit ihren deutschen Kameraden, ins Bereich der Phantasie. Auch den kommunistischen Bergarbeitern Frankreichs fällt es nicht ein, einen Solidaritätsstreik zugunsten der Ruhrarbeiter auszurufen. Es handelt sich in Wirklichkeit um einen Konjunkturstreik. Die französischen Bergarbeiter benutzen die Gelegenheit, um alle Lohnforderungen durchzubringen. Die deutschen Kohlenlieferungen, die auf Grund des Vertrages von Versailles geleistet werden müssen, wirken in Frankreich wie auch in den anderen Ländern lahn drückend. Diese Kohlenlieferungen sind seit einem Monat ausgeblieben. Eingetreten aber ist infolge des Sinkens des französischen Franken und der anderen wirtschaftlichen Folgen, die das Ruhrabenteuer nach sich gezogen hat, eine ganz wesentliche Steigerung der Lebenshaltungskosten. Die französischen Bergarbeiter verlangen, daß ihre Löhne entsprechend erhöht werden. Nicht mehr und nicht weniger. Und wenn sie diese Forderung durchdrücken werden, dann werden sie dies allein der Stärke des alten Bergarbeiterverbandes danken. Darüber hinaus gehen vorläufig die Forderungen der französischen Bergarbeiter nicht. Auch nicht die der kommunistischen Bergarbeiter.

Die Streiklage in der französischen Bergarbeiterchaft ist nach Angaben der französischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten folgende: Im Departement Nord streiken 20 Proz. der Arbeiterchaft, im Departement Gard 25 Proz., im Departement Loire 75 Prozent, im Departement Aveyron 10 Proz., in Chalons sur Saône 80 Proz. Im Distrikt von Lille streiken von 21 675 Arbeitern 6346, im Pas de Calais befinden sich 3000 polnische Arbeiter im Streik. Vollständig ist die Arbeit in Weis (Gard), ebenso in Gueret. Im Gebiet von Parjeffe (Bramschle) wurde die Arbeit aufrechterhalten, ebenso im Becken von Albi.

In den bedeutendsten und ausschlaggebenden Kohlenbeden von Pas de Calais und Nord streikt also nur ein kleiner Teil. Degegen ist der Streik in den nächstgrößten Becken, Loire und Chalons sur Saône fast allgemein.

Wichtig Metallarbeiter! Die Arbeiter der Firma Berliner Aluminiumfabrik, Inhaber v. d. Krone, Gerichstr. 23, stehen im Streik. Die Firma hat die Lohnvereinbarung nicht eingehalten und ist zu einer Verständigung mit den Arbeitern nicht bereit. Die Streikenden sind gewillt, so lange im Kampf zu verharren, bis die Firma von ihrem reaktionären Standpunkt abgeht. Die Berliner Metallarbeiter werden daher ersucht, ein Arbeitsangebot von dieser Firma abzulehnen. Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Wichtig Rüstmacher! Sonntag vormittag 9 Uhr im Arbeitslohnkampf, Kungelstr. 30, Versammlung aller in der Rüstindustrie Beschäftigten. Wichtige Erörterungen ist Pflicht. Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin. Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirksleitung Groß-Berlin.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Sowjetisch-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Druckerei u. Verlagsanbahn Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2, Bureau 1 Berlin.

Bei Husten, Asthma und Lungenleiden

Sanitätsrat **Dr. Wegscheiders Brust-Tee** nach Original-Vorschrift hergestellt. — Zu haben: Elefant-Apotheke, Berlin SW, Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz

Satyrin gegen Schwächezustände, Nervenstörungen, Neurasthenie ein anregendes und kräftigendes Yohimbin-Hormon-Präparat der Akt.-Ges. Hormona, Düsseldorf-Gräfenberg. Zahreiche Arzt. Anerkennungen. Prospekte gratis. Erhältlich in **Apotheken!** Stets vorräthig in Berlin: Elefant-Apotheke, Leipziger Str. 74; in der Apotheke, Kanonenstr. 44; Hohenzollern-Apotheke, Königin-Augusta-Str. 50; Wittes-Apotheke, Potsdamer Str. 84a

Erstklassige Herrenbekleidung

Anzüge, Paletots, Schlüpfer, prima Stoffe fertig und nach Maß :: Billige Preise **MAX FLUSS, Rosenthaler Straße 58**

SUNNLEICHT SEIFE

Aus edelsten Oelen nach besonderem Verfahren hergestellt

Darin liegt das Geheimnis für die stets gleichbleibende Güte!

Was machen die Preise?

Höchst widerwillig und zögernd folgen die Preise einiger Lebensmittel dem anhaltenden Sinken des Dollars. Die letzten Märkte in Chemnitz, Leipzig usw. haben für die Viehhändler das überraschende Resultat gehabt, daß ein großer Teil des Schlachtviehs unverkäuflich blieb und jetzt schleunigst nach Berlin gebracht werden mußte, um auf dem heutigen Sonnabend-Viehmarkt veräußert zu werden. Private Angebote, die am gestrigen Freitag gemacht wurden, lassen darauf schließen, daß auf dem heutigen Viehmarkt die Preise voraussichtlich etwas nachgeben werden. Innerhalb der Badenschlächterorganisation ist die Kauflust allerdings außerordentlich gering, da viele Geschäfte sehr erhebliche Einbußen erlitten haben. Schweinefleisch war fast unverkäuflich und deutsches Rindfleisch, das mit 6500 M. angeboten wurde, findet keinen Absatz, da das amerikanische Schmalz, je nach Qualität, etwa 3000 bis 3400 M. kostet und da Margarine sich unterhalb der Grenze von 3000 bewegt. Auch die Maßnahmen der Wucherpolizei dürften sehr wesentlich dazu beigetragen haben, die Viehhändler von der Tatfache zu überzeugen, daß eine Besserung der Markt nicht mit einem Anziehen der Preisbremse beantwortet werden kann.

Angeheuer Tarifierungen.

Auf Grund der Kohlenklausel beantragte die Verwaltung der Städtischen Elektrizitätswerke gestern beim Ständigen Ausschuss der Reichsdeputation eine Erhöhung des Februartarifs für Elektrizität auf 1040 Mark für die Kilowattstunde. Der Ausschuss lehnte diese Forderung ab und vertagte die Entscheidung auf nächsten Donnerstag. Die Verwaltung begründete ihren Antrag mit der ungeheuren Steigerung des Kohlenpreises. Der für den Monat Januar geltende Preis von 275 M. entsprach einem Kohlenpreis von circa 50 000 M. pro Tonne. Die zurzeit eintreffenden Kohlen kosteten aber 169 000 Mark d. h. das Dreifache. Mit einer Verdreifachung des Tarifes ist also mit großer Wahrscheinlichkeit zu rechnen. Die Ausschüsse für die Tarifstarife bei Gas und Elektrizität sind natürlich noch viel trüber.

Die Verteuerung des Marktbrottes.

Die Erhöhung des Marktbrottes auf 800 M. im gegenwärtigen Augenblick des Dollarrückganges bedarf der Erläuterung dahin, daß diese Erhöhung gewissermaßen zwangsäufig durch die sehr erhebliche Erhöhung des Kohlenpreises (um 2670 M. je Zentner Brilleis) hervorgerufen ist. Sie ist in ihrem Ausmaß noch dadurch ungünstig beeinflusst worden, daß während diese Kohlenpreis-erhöhung bereits mit dem 12. d. M. einsetzte, der Brotpreis erst zum 19. d. M. erhöht werden konnte. In diesem Zusammenhang ist ferner ganz allgemein zu sagen, daß der Marktbrottespreis noch mehr als der Preis der übrigen Lebensmittel, nur verspätet der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftstage folgt, und daß sich in den jeweiligen Veränderungen des Brotpreises regelmäßig erst die Folgen bereits vor einigen Wochen eingetretener Veränderungen der gesamten Wirtschaftstage ausdrücken.

Wenn das auch kein Trost ist, so beklagt es doch höchst ungünstig unsere katastrophale Ernährungsfrage.

Gewerbesteuer und Etat.

Im städtischen Ausschuss zur Beratung der Gewerbesteuer begegnete der von sozialdemokratischer Seite unternommene Versuch einer Herabdrückung der Steuer auch für die größeren Betriebe fast einmütiger Ablehnung. Der von sozialdemokratischer Seite beschlossene Vorschlag, die Grenze der untersten Stufe bis auf 75 000 M. Jahresertrag herabzusetzen, wurde angenommen. Um den Gesamtbeitrag der Steuer durch diese Erleichterung nicht zu gefährden, wurden die oberen Stufen samt und sonders auf 25 000 M. (statt auf 50 000 M.) festgesetzt, so daß also auf die Normalstufe von 75 000 M. nunmehr 5 Stufen von je 25 000 M. folgen. Für die kleinen und mittleren Betriebe bedeutet diese Regelung eine außerordentliche Entlastung gegenüber der zurzeit geltenden Ordnung, eine nicht unerhebliche Erleichterung auch noch gegenüber dem Magistratsvorschlag. — Wie wenig übrigens eine auf dem Ertrage des Vorjahres beruhende Steuer heute den Willkürdiktat Berlins entlasten kann, erblickt aus der Tatfache, daß im laufenden Jahre eine sogenannte „kleine“ Steuer wie die Hotelsteuer (Beherbergungssteuer) eine größere Summe einbringen wird als die gesamte Gewerbesteuer. Noch im Vorjahre, als die Geldentwertung weniger vorgeschritten war, basierte nahezu der ganze Etat auf der Gewerbesteuer; die kleinen Steuern brachten ins-

gesamt noch nicht ein Zehntel der Gewerbesteuer ein. Im laufenden Jahre werden die kleinen Steuern zur Gewerbesteuer etwa im Verhältnis von 6 : 4 stehen. Und diese sehr bedenkliche Verschiebung der Grundmauern des städtischen Etats beruht lediglich darauf, daß die kleinen Steuern sich automatisch der Geldentwertung anpassen, während die Gewerbesteuer um ein Jahr hinter ihr herhinkt. Die Großunternehmer sollten uns also endlich mit den Tiraden von der „unerträglich“ hohen Gewerbesteuer verschonen.

Die Steuerverwaltung unterbreitete dem Haushaltsausschuss den Plan einer Lohnsummensteuer, die nach dem Vorbild Altonas und anderer Städte die zurzeit geltende Kopfsteuer ersetzen sollte. Während die Kopfsteuer den Gewerbebetrieb lediglich nach der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer besteuert, würde die Lohnsummensteuer für jeden Betrieb in Form von Prozenten der gesamten ausbezahlten Lohnsummen erhoben werden. Die bürgerlichen Parteien machten in der Hauptsache die technischen Schwierigkeiten der Berechnung einer solchen Steuer geltend. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Steuer als unsozial bekämpft. Schon gegen die Kopfsteuer besteht das Bedenken, daß sie den Arbeitgeber zu einer Einschränkung der Arbeiterzahl veranlassen könnte, wenn etwa die Zahl der beschäftigten Arbeiter gerade um ein geringes die Höchstgrenze einer bestimmten Steuerstufe übersteigt. Die sozialdemokratische Fraktion hat seinerzeit dieses Bedenken zurückgestellt, um den Zweck der Steuer, eine kräftige Erlosung der größten Betriebe, die sonst im Rahmen der Gewerbesteuer undurchführbar gewesen wäre, nicht zu gefährden. Eine prozentuale Lohnsteuer würde aber zweifellos ein neues Moment für eine systematische Herabdrückung der Arbeitslöhne ergeben, sie würde sozial denkende Unternehmer benachteiligen und dafür die am schlechtesten bezahlenden Betriebe auch noch steuerlich entlasten.

Bei der fast einmütigen Ablehnung des Vorschlages wird die Hauptsteuerverwaltung darauf nicht wieder zurückkommen. Es bleibt also bei der sogenannten Kopfsteuer, wobei versucht werden soll, an die Stelle des festen Steuerfußes eine auf einem Durchschnittslohn aufgebauete Klausel in Anwendung zu bringen.

Brennstoff-Zentrale und Kohlenhandel.

Der Kohlenhandel läßt von seinem natürlich aus rein idealistischen und menschenfreundlichen Motiven heraus diktierten Kampfe gegen die Berliner Brennstoff-Zentrale nicht ab. In einer kleinen Anfrage hatte man die Forderung nach Beschlagnahme von Vorräten der Brennstoff-Zentrale erhoben, weil bei Berliner Kohlenhändlern überall da Vorräte beschlagnahmt werden, wo die Händler ihren Kunden die Vorräte verheimlicht haben. In seiner Beantwortung dieser kleinen Anfrage hat der Handelsminister mit Recht darauf hingewiesen, daß bei einer Beschlagnahme von Kohlenvorräten auf Grund der Wucherpolizei bei der städtischen gemeinsamen Brennstoff-Zentrale G. m. b. H. keine Rede sein kann, da die Praktiken mancher Kohlenhändler, ihren Kunden Kohlenmangel vorzutauschen, dort natürlich nicht üblich sind und jeder Kunde bei der Brennstoff-Zentrale jederzeit sicher sein kann, mit Kohlen beliefert zu werden. Die Zeitungen fügen der Belpredung dieser für die Interessentenkreise etwas peinlichen Antwort die Notiz bei, daß mit Rücksicht auf die Versorgung der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke jetzt die Vorräte der Brennstoff-Zentrale beschlagnahmt seien. Offenbar soll diese Notiz den Eindruck erwecken, daß die Brennstoff-Zentrale ihre Kunden jetzt nicht mehr beliefern kann. Davon kann natürlich keine Rede sein. Es ist beim gesamten Berliner Kohlenhandel eine Bestandaufnahme verfügt, und Steinkohlen dürfen bei einem Quantum von über 6 Zentnern nur mit Genehmigung abgegeben werden. Das gilt für den übrigen Kohlenhandel genau so gut wie für die Brennstoff-Zentrale, die ja sowieso in erster Linie für die lebenswichtigen städtischen Betriebe bestimmt ist. Die Notiz soll lediglich das Publikum irreführen und die bei den sorgfältigen Kohlenpreissteigerungen unermesslichen Konsumturgewinne in die Taschen der Händler führen, während die Gewinne der Brennstoff-Zentrale der Öffentlichkeit wie den Rinderbemittelten durch Belieferung mit billiger Kohle zugute kommen.

Auch die Kirche „paßt sich an“.

Wenn alles teurer wird, muß — alles teurer werden. Glaubte einer, daß die Leistungen der Kirche eine Ausnahme machen? Wie gut sie sich der Geldentwertung anzupassen versteht, sieht man an ihren Friedhöfen. Die Friedhofbetriebe sind für die Kirche lohnende Unternehmen, die Geld in die Kasse bringen. Allmählich sind die Preise der Grabstellen so gesteigert worden, daß

manchem, der bisher der Kirche treu geblieben war, die Augen übergehen. In Schöneberg wollte eine Witwe auf dem alten Friedhof an der Hauptstraße eine von 20 Jahren gepachtete Grabstelle jetzt nach Ablauf der Frist weiter in Pacht behalten. Damals hatte sie 42 1/2 Mark gezahlt, jetzt forderte man von ihr 20 000 Mark. Die Witwe, ihr einen billigeren Preis zu machen, wurde abgeschlagen. Aber man sage nicht, daß die Kirche sich lumpen läßt. Der Gemeindefiskus hat bei der Witwe in einem vom Hauptprediger Raab unterzeichneten Brief an, man wolle ihr, wenn sie die Grabstelle nicht zu dem jetzigen Preis nehmen möchte, die damals gezahlte Gebühr zurückzahlen. Daß die Kirche hierzu nicht verpflichtet ist, wurde ausdrücklich hervorgehoben. Wie großmütig! Bei einer Neuverpachtung, die der Kirche 20 000 M. bringt, will sie 42 M. 50 Pf. hinterherwerfen!

Alter Mann — junge Frau.

Tragödie eines betrogenen Ehegatten.

Das Bild einer zerrütteten Ehe entrollte eine Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts II anfänglich einer Anklage gegen den Kassierer Gustav Hahn wegen fahrlässiger Tötung. Der Gärtner Gehrede, ein 64 Jahre alter Mann, hatte unter den Eheirungen seiner 40 Jahre alten Frau schwer zu leiden. Der Gipfelpunkt seines Leidensweges wurde erreicht, als die ungetreue Ehefrau, trotzdem sie Mutter mehrerer Kinder war, ihre unerlaubten Beziehungen soweit trieb, daß sie ihren Liebhaber zu sich in die Wohnung nahm und der Ehemann hinauswarf. Aus Liebe zu den Kindern kam Gehrede aber immer wieder in die Wohnung und es kam wiederholt zu scharfen Auseinandersetzungen mit seinem Nebenbuhler. Bei einer dieser Gelegenheiten wurde Gehrede von dem Angeklagten durch einen Revolvererschuss in die Brust getroffen. Der Angeklagte will in Notwehr gehandelt haben. Gehrede sei mit einer Dreifachkugel auf ihn losgegangen, er habe darauf Gehrede zur Tür hinausgedrängt und beim Schließen der Tür sei ein Schuß losgegangen und habe durch die Türfüllung hindurch den Ehemann ohne sein Wissen in die Brust getroffen. Der als Zeuge vernommene Arzt, der die Leiche gesehen hat, bekundete, daß der Angeklagte dem erschossenen alten Manne körperlich weit überlegen war und ihn auch ohne Waffe hätte übermächtig können. Ein Nachbar sagte aus, daß Hahn auf Mutter und Kinder einen geradezu dämonischen Einfluß ausgeübt habe. Der Angeklagte habe es sogar fertig bekommen, den betrogenen Ehemann zu verlagern, weil dieser über das Verhältnis zu der Ehefrau abfällige Äußerungen getan hatte. Als der Zeuge die 12jährige Tochter schonend von dem Tode des Vaters benachrichtigte, habe das Kind gesagt: „Ich habe es gemutet, daß der verfluchte Hund schießen wird, hätte ich den Vater doch gewarnt.“ Das Gericht beurteilte Hahn wegen fahrlässiger Tötung zu einundneunzig Jahren Gefängnis und verfügte dessen sofortige Verhaftung.

Um die Müllabfuhr.

Sonderbare Verwaltungsmaßnahmen im Bezirk Lichtenberg.

Recht „erbauliche“ Dinge aus dem Müllabfuhrwesen kamen in der letzten Bezirksversammlung des Verwaltungsbezirks Lichtenberg zur Sprache. Die Etat-Beratung wurde eingeleitet durch eine große Rede des Bürgermeisters Jahn, der bei aller prinzipiellen Zustimmung zu dem Gedanken Groß-Berlins... doch Klagen und sehr scharfe Angriffe gegen den Magistrat und dessen Auslegung des Gesetzes über Groß-Berlin erhob. Hieraus entspann sich eine längere Debatte, an der sich alle Fraktionen beteiligten. Unter anderem führte Genosse Thurm aus, daß es den Stadtverordneten bei ihrem Eintreten für den Bezirk aus Anlaß der Zentralisierung der Müllbeseitigung sehr schlecht ergangen sei. In Hand eines Berichtes der Stadirechnungskammer teilte er mit, daß bis zur Aufstellung des Etats für 1923 für die Müllbeseitigung weder Personalkosten, noch Stallmiete für etwa 14 Pferde, noch Kosten für den Transport des Futters angelegt waren. Er richtete an den Dezernenten die Anfrage, ob die Beamten in der Müllbeseitigung ehrenamtlich tätig waren und ob die Pferde vielleicht im Freien untergebracht waren, was man doch bezweifeln müsse. Viel näher liege die Vermutung, daß alle diese Kosten auf die Straßengeräteung überschrieben wurden. Wenn beide Verwaltungen auf städtische Kosten geführt wurden, so sei das eine liebliche Wirtschaft. Die Verwaltung der Müllbeseitigung soll sich bedenken, d. h. die Kosten sind durch die Hausbesitzer nach Maßgabe der Zahl der bei ihnen abzuholenden Müllkästen aufzubringen. Trotzdem nun obige Ausgaben der Allgemeinheit aufgebürdet wurden, hat man die Abholgebühr für die Müllkästen

(Nachdruck verboten. Der Reich-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Nach dem amerikanischen Manuskript überlegt von Julian Gumpert.

„Indiana,“ sagte Chris, „das ist das Land des lieben Gottes.“ Pöflich lächelte er, daß er Andy alles von seiner Heimat und den großen weiten Kornfeldern, schimmernd und glühend in der Julisonne, erzählen könne und von dem großen Teich, in dem er so oft gebadet hatte. Alles stand pöflich wie lebendig vor ihm: er zog den weinartigen Duft des Obstes ein, er sah die Viehherden, die ihre wiederkehrenden Mäuler bewegten, wie sie am Tor warteten, um ans Wasser zu kommen, er sah den gelben Staub beim Korn Dreschen, er fühlte den sanften Hauch des Abendwindes, der kühlend über seinen Hals und Nacken strich, wenn er nach einem Tag voll heißer Sonne sich auf einem großen Haufen Heu ausstreckte. Doch alles, was er sagen konnte, war: „Indiana ist wie das Land des lieben Gottes, nicht Andy?“ „Oh, der hat viele solcher Länder,“ murmelte Andrews. „Habe zu Hause mal 'n Hagelstück gesehen, fünfundzwanzig Zentimeter im Umfang. Bei Gott, ich hab's gesehen.“ „Kann man wohl gut als Beschob verwenden, was?“ „s gibt kein Beschob, das solchen Schaden anrichten kann, wie unsere Gewitter zu Hause,“ brüllte Chris. „Ob wir wohl mal 'ne richtige Schieberei sehen werden?“ „Keine Sorge, mein Lieber,“ sagte irgendeiner vom anderen Ende des Zimmers. „Wirst noch genug davon sehen. Dieser Krieg wird verdammt lange dauern.“ „Möchte heute nacht einige Hummen in die Finger kriegen, bei Gott, Andy,“ murmelte Chris mit unterdrückter Stimme. Er fühlte, daß seine Muskeln sich in wilder Wut zusammenzogen. Er sah durch halbgeschlossene Augen auf die Männer im Zimmer und dachte plötzlich, es müsse doch herrlich sein, eine Granate in eine Masse Menschen hineinzuschleudern. Dann erblickte er das Gesicht von Anderson, ein schweres, weißes Gesicht mit Augenbrauen, die über der Nase zum Jammentiefen, und einem bläulichen, glattrasierten Kinn. „Wo ist der Kerl, Andy? Ich will ihn kalmachen.“

Andrews erriet, was er meinte. „Seh dich und trink noch was, Chris,“ sagte er. Der begann trinken zu schlucken. Chrisfield sah eine Frau, die neben dem Tisch mit dem Rücken ihm zugewandt stand. Andy zahlte gerade. „Antoinette,“ sagte er, stand auf und legte die Arme um ihre Schultern. Mit einer schnellen Bewegung der Ellenbogen schob sie ihn in seinen Stuhl zurück. Sie drehte sich um. Er sah das schmutzfarbene Gesicht und die dünnen Brüste der älteren Schwester. Sie sah ihn überrascht in die Augen. Er grinste trunken. Als sie das Zimmer verließ, machte sie mit dem Kopfe ein Zeichen, ihr zu folgen. Er stand auf, schwankte aus der Tür und zog Andrews hinter sich her. In dem inneren Zimmer war ein großes Bett mit Gardinen, wo die Frauen schliefen, und außerdem eine Feuerstelle, wo gekocht wurde. Es war dunkel. Nur in einer Ecke flackerte schwach eine Kerze auf einem Tisch. So konnte man nur unregelmäßige Schatten und das große, gardinenoerhangene Bett sehen. Pöflich erblickte Chrisfield das Gesicht des Franzosen. Der war in Hemdsärmeln. Das Kerzenlicht fiel ihm plötzlich in die Augen. Chrisfield fühlte seine ganze Wut plötzlich wie eine Flamme in sich ausbrechen. „Du warst mit dem Mädel!“ schrie er und sprang auf den Mann zu. Etwas hartes schlug ihm gegen den Schenkel und die Kerze ging aus. Andrews hielt ihn am Arm fest. „Verdammt Narr, halt dich doch ruhig,“ sprach die Stimme des Freundes ihm immer und immer wieder ins Ohr. Der Franzose, irgendwo im Dunkel des Zimmers, hatte auch etwas gesagt, verschiedene Male. „Die Boches... Flugzeuge...“ Sie waren still. Ueber sich hörten sie das Surren der Flugzeuge, bald stärker, bald schwächer, wie das Summen einer Fliege gegen eine Fensterscheibe. Der Franzose zündete ein Streichholz an und sah sich alle neugierig an. Antoinette lehnte gegen das Bett mit ausdruckslosem Gesicht. Ihr schweres Haar hatte sich aufgelöst und fiel in goldenen Wellen um ihre Schultern. Die alte Frau kicherte. „Komm, wollen mal sehen, was los ist, Chris,“ sagte Andrews. Sie gingen hinaus in die dunkle Dorfstraße. „Zum Teufel mit den Weibern, Chris! Das ist der Krieg!“ rief Andrews mit lauter, betrunkenen Stimme, als sie Arm in Arm die Straße hinunter wandten. „Das ist der Krieg!“ Chrisfield fühlte, wie die Hand

seines Freundes sich über seinen Mund legte. Er ließ sich führen und fühlte, wie er auf die eine Seite der Straße gedrängt wurde. Irgendwo im Dunkeln hörte er die Stimme eines Offiziers. „Bringen Sie diese Leute mal zu mir!“ „Zu Befehl!“ kam eine andere Stimme. Langsam drangen schwere Schritte die Straße herauf in ihrer Richtung. Andrews schob ihn noch weiter an einem Haus entlang, bis sie plötzlich beide in eine Mistgrube fielen. „Lieg ruhig, um Gottes willen,“ murmelte Andrews und warf einen Arm über Chrisfields Brust. Ein dicker Geruch von Hundemist erfüllte ihre Nasen. Sie hörten die Schritte dann wieder in der Richtung, aus der sie gekommen waren, abgehen. Inzwischen wurde das Surren der Motoren oben immer lauter und lauter. „Run?“ kam die Stimme des Offiziers. „Hab' sie nicht finden können,“ sagte die andere Stimme. Chrisfields begann zu kichern. Er fühlte, er werde gleich in ein schallendes Gelächter ausbrechen müssen. Das nahebezügliche hörte auf zu surren, die Nacht schien plötzlich totentstill zu sein. Andrews sprang auf. Die Luft wurde von einem sauchenden Geräusch durchschnitten, dem eine trachende Explosion folgte. Sie sahen die Mauer über ihrer Grube plötzlich für einen Augenblick rot aufleuchten. Chrisfield stand auf und erwartete brennende Ruinen zu sehen. Die Dorfstraße lag da, dunkel wie immer. Ein kleines Licht glüherte vom Schein des Mondes, der noch immer unter dem Horizont stand. Ein Fenster in dem gegenüberliegenden Hause glänzte gelb. Darin war eine blaue Silhouette in Offiziersuniform zu sehen. Eine kleine Gruppe stand in der Straße drunten. „Was war das?“ schrie die Gestalt am Fenster mit entschiedener Stimme. „Deutsches Flugzeug hat eine Bombe abgeworfen, Herr Major,“ antwortete eine Stimme atemlos. „Warum zum Teufel schließt er das Fenster nicht?“ murmelte eine Stimme die ganze Zeit. „Direkt eine Zielscheibe für die Boches.“ „Was passiert?“ fragte der Major. In der Stille sangen die Motoren, drohend in der Luft wie gigantische Moskitos. „Da scheinen noch mehr zu sein,“ meinte der Major in langen gedehnten Tönen. (Fortsetzung folgt.)

so niedrig gehalten, daß nach und nach ein Defizit entstand, das am 1. Oktober die Höhe von 1200 000 M. erreichte und auf Grund des Reichsmietengesetzes nun von den Mietern gedeckt werden muß. Die Gebühr für Abholung eines Kastens erhöhte sich dadurch von 300 M. auf 800 M. Genosse Thurm gestellte diese Wirtschaft, die zum Vorteil der Hausbesitzer gewesen ist. Er erklärte, daß eine Hafibarmachung des verantwortlichen Stadtrat überlassen. Dieser Stadtrat Fischer, der (nebenbei bemerkt) noch bis vor kurzem Vorsitzender des Haus- und Grundbesitzervereins war, schweig in allen Tonarten. Er schwieg auch, als Genosse Elias als Mitglied der Deputation für Müllbeseitigung weitere Angriffe gegen ihn richtete. Die Angelegenheit wurde einer Kommission übertragen, die umgehend Bericht erstatten soll. Zum Schluß wurde der Etat der Müllbeseitigung einstimmig abgelehnt, während alle übrigen Etats angenommen wurden.

Auch ein Spartakistenprozeß.

Erinnerungen aus den dunklen Tagen des Jahres 1919.

Ein interessantes Aufnahmeverfahren, dessen Grundlage eine Bluttat aus den Spartakistenunruhen im Jahre 1919 bildet, begann gestern vormittag vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Angeklagt sind der frühere Pionier und jetzige Arbeiter Albert Arndt und der frühere Unteroffizier und jetzige Student der Technischen Hochschule Schneider.

Es handelt sich um die Tötung von zwei Russen, die während der spartakistischen Unruhen im März 1919 im Zellensängnis in der Lehmer Straße erfolgt ist. Diese beiden Russen wurden vom Eden-Hotel aus unter dem Verdacht der Teilnahme an den Unruhen und an dem Zustand im Zellensängnis eingeliefert, das nebenher auch als ein Kaserne für eine Pionierabteilung der Brigade Reinhardt diente. An dem fraglichen Tage bestand unter der Wachmannschaft auf Grund einer falschen Meldung über die Ermordung von Schulzeisen in Lichtenberg eine große Erregung. Als die beiden Gefangenen eingeliefert wurden, wurden sie von der Wachmannschaft mit Schlägen und Stößen empfangen und in den Keller getrieben, schwer mißhandelt und schließlich erschossen. Die beiden Angeklagten wurden nach einer Verhandlung am 21. März 1922 wegen gefährlicher Körperverletzung mit Mißhandlung unter rechtswidrigem Waffengebrauch sowie wegen versuchten Totschlages zu einer Gesamtstrafe von je 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Urteil wurde rechtskräftig. Vom dem Verteidiger wurde das Wiederaufnahmeverfahren beim Kammergericht durchgeführt. Nach Vernehmung der Angeklagten stellte der Verteidiger den Antrag, den früheren Befehlshaber, den Korvettenkapitän a. D. von Sigewitz in Pommern, als Zeugen zu laden und über die Zustände und Anordnungen in der Brigade Reinhardt zu vernehmen. Das Gericht hielt diesen Antrag für so wichtig, daß es ihm stattgab. Infolgedessen verfiel die Verhandlung der Vertagung.

Hatte Strafen für Milchfälscher.

Gegen zwei gewerbmäßige Milchfälscher verhängte das Schöffengericht in Sorau empfindliche Strafen. Angeklagt war der Wolkereibesitzer Effenberg aus Sorau und seine Ehefrau. Beide wurden beschuldigt, längere Zeit hindurch die von ihnen vertriebene Milch mit Wasser verpanscht zu haben. Ferner sollten sie die Milch entrahmt und die aus dem Rahm hergestellte Butter zu hohen Preisen verkauft haben. Die verwässerte Milch ging zu meist nach Berlin und nach anderen Städten. Das Gericht erkannte unter Bezugnahme auf das Gutachten des Professors Bauer von der Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg gegen die Eheleute auf 2 Jahre und 3 Monate Gefängnis und eine Geldstrafe von einer Million Mark. Es scheint, als ob man in Sorau ein größeres und ein dringenderes Verständnis für die furchtbaren Gefahren hat, die der Bevölkerung aus Lebensmittelfälschungen erwachsen, als in Berlin, von wo derartige Strafen auch gegen Wuherr nicht zu melden sind.

Keine Wohnungsnot in Lankwitz? In unserer Mitteilung (Nr. 60 vom 31. Januar) über die leer gebliebene Wohnung in Lankwitz (Südstr. 8) schreibt uns das Bezirksamt Steglitz, die Wohnung sei nicht am 8. Dezember, sondern erst am 15. Dezember geräumt worden. Daß der Einzug des aus der „Dringlichkeitsliste“ ausgewählten neuen Mieters bis Ende Januar hinausgeschoben wurde, die Wohnung also immer noch sechs Wochen leer blieb, kann das Bezirksamt nicht bestreiten. Behauptet wird aber, der Mieter habe sie nicht früher beziehen können, weil er vom 18. Dezember bis zum 9. Januar ausweislich ärztlichen Attestes an schwerer Grippe erkrankt war und demnach noch die Schonung bedürfte. Wertwürdig ist, daß der auf den Einzug wartende Hauswirt über diesen Grund der Verzögerung in Kenntnis gehalten wurde. Dem Wohnungsamt fehlen der als „dringlich“ zugewiesene Mieter so schonungsbedürftig, daß es nicht etwa die Wohnung einem der vielen anderen „Dringlichen“ gab, sondern sie lieber sechs Wochen unbenutzt ließ. Auch das bezieht das Bezirksamt nicht, daß der Mieter die im „Vorwärts“ angezeigten Requiraturen ausbedungen und unter diesem Vorbehalt den Vertrag abgeschlossen hatte. Die Kosten auf das Wohnungsamt zu übernehmen oder aus der Wohnungsbauabgabe zu decken, was versichert das Bezirksamt — nicht die Absicht des Wohnungsamtes.

Die Ortsgruppe Berlin der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands hielt am Montag, den 12. d. M., ihre Hauptversammlung ab. An Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Genossen Knief wurde der Genosse Hering zum 1. Vorsitzenden gewählt; dem neugewählten Vorstand gehören außerdem an die Genossen Feuerstaf und die Genossen Drange, Holz, Knief, Kudenbender, Morste, Schröter, Siemen. Aus dem Jahresbericht sei hervorgehoben, daß sich die Vereintigung der beiden bisher getrennt marschierenden Parteien der organisierten Lehrer und Lehrerinnen in freundschaftlichem Einvernehmen vollzogen hat, daß aber leider noch eine ganze Anzahl der auf dem Boden der DSD. Stehenden und Organisierten nicht Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sind. Es sollte aber Ehrenfache für alle parteigebundenen Lehrerinnen und Lehrer sein, sich sofort bei der Geschäftsstelle Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, anzumelden.

Magistratsbesuch. Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats teilt wörtlich folgendes mit: „Der Magistrat hat am 14. d. M. beschlossen, die Schulen auch weiterhin zur Aufrechterhaltung des Unterrichts mit Brennstoffen zu versetzen und bis zur Durchführung der Bekleidung des Unterrichtsbesatzes durch Zusammenlegung von Schulen aufrecht zu erhalten. Der Ausschussbehörde ist mitgeteilt, daß die Mittel dafür nicht beschafft werden können. — Na also, nun wissen wir wenigstens, was wir jedenfalls nicht wissen sollen. D. h. wir wissen es noch immer nicht, wenn der Magistrat jetzt nicht mit einem Kommentar kommt. Bis dahin müssen unsere Leser selber sehen, wie sie aus der Sache klug werden.“

Gläubigerversammlung im Röhn-Konturs. In der zweiten Gläubigerversammlung in dem Röhn-Konturs wurde beschlossen, den vorläufig bestellten Gläubigerausschuss, der bisher aus 15 Personen bestand, auf 8 zu reduzieren und in einen endgültigen umzuwandeln. Von der Versammlung, in der Röhn durch Rechtsanwalt Georg Larnowski vertreten war, wurde im Prinzip beschlossen, Röhn eine Unterstützung zukommen zu lassen. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß nunmehr auch vom Kontursverwalter die Einlageforderungen bestritten werden und daß darüber bereits zwei Vollprozesse in erster Instanz schweben. Bis zur Erledigung dieser Prozesse, die voraussichtlich bis zum Reichsgericht gehen werden, dürfte die Beendigung des Konkurses nicht zu erwarten sein.

Beschwerden Das unzufriedene Berlin Vorschläge

Arbeit für den Herrn Sparminister.

Der Reichsfinanzhof hat entschieden, daß die Zinsen aus dem einmaligen Fernsprechbeitrag kapitalertragsteuerfrei sind, wenn sie nicht über sechs Monate nach der Rückzahlbarkeit des Betrages rückständig bleiben. Dieser Entscheidung entgegen hat der Reichspostminister im Einverständnis mit dem Reichsfinanzminister die Postämter angewiesen, die Kapitalertragsteuer weiter in Abzug zu bringen. Dieser Streit zwischen dem Reichsfinanzhof und dem Reichsfinanzminister ist hervorgerufen durch die strittige Frage, ob diese Zinsen gesetzliche Zinsen oder vereinbarte Zinsen sind. Ich bin der Meinung, daß der Reichsfinanzhof die übergeordnete Instanz ist und demnach dessen Entscheidungen maßgebend sind. Sei dem, wie es wolle. — Welche Folgen hat nun die Anweisung des Reichspostministers an die Postämter, und zwar vom vollwirtschaftlichen Standpunkt aus? Hierbei könnte der Herr Sparminister viele Anregungen für seine Tätigkeit empfangen. Die Postämter werden also jedem einzelnen Teilnehmer von den zu verlangenden Zinsen in Höhe von 40 M. die Kapitalertragsteuer in Abzug bringen, das sind 4 M. Der Teilnehmer hat nun das Recht, diesen unberechtigten Abzug zurückzuverlangen. Er legt ein dementsprechendes Schreiben an das Fernsprechamt auf und sendet es ab. Die betreffende Stelle hat sich mit diesem Antrage zu beschäftigen und Bescheid zu geben. Nun, Herr Reichspostminister, was verursacht das für Kosten. — Alles um 4 M. — Oder sollte der leitende Gedanke gewesen sein, daß von dieser Entscheidung des Reichsfinanzhofes nur der kleinste Teil der Fernsprechteilnehmer Kenntnis hat und sich den Abzug der Kapitalertragsteuer ruhig gefallen läßt? — Dann wäre es ja möglich, daß die Kosten für aufwendende Zeit, Porto, Papier der reklamierenden Teilnehmer wieder aufgehoben sind.

Ein zweiter Fall: Eine junge Frau, früheres Fräulein M. D., aus dem kleinen Städtchen A. im Bogland, die sich nach Berlin verheiratet hat, erhält dieser Tage den Besuch des Vollziehungsbeamten, der ihr eine Rechnung präsentiert über 40 M. rückständige Einkommensteuer aus dem Steuerjahr 1920/21 nebst Vollstreckungsgebühren in Höhe von 5 M., insgesamt 45 M. Das Fräulein hatte ordnungsgemäß, als gute Deutsche, ihre Steuern bezahlt. Der Rückstand ist jetzt erst, nachdem sie ihre Geburtsstätte längst verlassen hatte, herausgeredet worden. Die Einforderung der rückständigen Steuern war aber doch wohl nicht so einfach, weil der Vollziehungsbeamte bei dem Einwohnermeldeamt erst hat feststellen müssen, daß das Fräulein M. D. jetzt eine verheiratete ist und dort und dort wohnt. Diese 45 M. sind selbstverständlich ohne Widerspruch gezahlt worden, aber Herr Sparminister, wieviel Kosten sind entstanden, durch das Nachforschen des Beamten beim Einwohnermeldeamt, durch den persönlichen Gang des Vollziehungsbeamten in die Wohnung, durch die Ueberleitung der restlichen 40 M. nach dem Städtchen A. sowie Mitteilung nach dort, daß die Steuer beglichen ist? W.

Straßenbahn und Reichsbahn.

Zum wiederholten Male habe ich im „Vorwärts“ gelesen über den Zusammenbruch der Straßenbahnen. Als Grund wurde angeführt die Preispolitik der Eisenbahnen. Auch ich bin in der glücklichen oder unglücklichen Lage, täglich die Eisenbahn zu benutzen. Bin aber nicht überzeugt von der Schuld der Eisenbahn. Wenn die Landbevölkerung von dem billigen Personentarif den größten Nutzen hat, so ist es nicht schwer, die Fernbahntarife dementsprechend zu erhöhen. Ist doch längst erklärt worden, daß die Staatsbahnpreise höher sind als kurze oder ebenso lange Strecken der Fernbahn. Nach vor Jahresfrist brachte unsere Fraktion Anfragen im Reichstoge ein, daß die Eisenbahnbehörde mit ihren hohen Stadt- und Vororttarifen die Siebelungen in der Umgebung lahmlegt. Doch da rentierte sich noch die kommunale Straßenbahn. Heute soll nun die Eisenbahn die vor kurzem noch zu hohen Tarife erhöhen — weil sich die Straßenbahn nicht mehr rentiert. Ich benutze vor Jahren außer der Eisenbahn auch noch Straßenbahn, heute laufe ich diese Strecken. Und wie ich, machen es Hunderttausende, und diese fehlen der Straßenbahn. Denn letztere dient doch mindestens zu 50 Proz. der Bequemlichkeit, und diese fallen heute weg und noch mehr, wenn im Sommer das Wetter günstiger wird. Wenn alle Behörden ohnmächtig sind gegen die Materialpreise der Schwerindustrie mit 3000—4000fachem Friedenspreis, so muß es der Arbeiter bezahlen. Also, wenn auch die Eisenbahn ihre Tarife der Straßenbahn anpaßt, wird man die Hunderttausende, die heute laufen, nicht zwingen, die Straßenbahn zu benutzen. B. L.

„Staubfreie Müllabfuhr.“

Seit Wochen wird im dichtbesiedeltesten östlichen Stadtteil hinter der Wiener Brücke und in ganz Treptow das Hausmüll mit offenen Plattenwagen abgefahren. Die vom Hofe gehaltenen Müllkästen werden nicht etwa im Austausch mit leeren Kästen auf den Wagen gestellt, sondern das Müll wird in die oben ganzlich offenen, rings nur mit einem halben Meter hohen Brettern umgebenen Wagen geschüttet. Selbst bei ruhiger Fahrt fliegt der Breitschiff in dichten Wolken umher, bei einigermaßen starkem Winde dringt er bis zum vierten Stockwerk hinauf. Selbst wenn die Müllfahrer bei ihrer Arbeit vorsichtig sind, werden die Kleider der Straßenbänger von der Breitschiff beschmutzt. Die betonnen großen eisernen Kastenwagen für staubfreie Müllabfuhr sind in der bezeichneten Gegend nicht mehr zu sehen. Das bedeutet die Rückkehr zu längst als überwunden betrachteten Zuständen. Wer hat den für die Müllabfuhr verantwortlichen Wirtschaftsstellen die Erlaubnis zu dieser Art der Müllabfuhr, wie sie vor einem halben Jahrhundert in Berlin üblich war, gegeben? Soll der Zwang zur staubfreien Müllabfuhr etwa nur für das alte Berliner Weichbild gelten? Wenn man schon die enormen Kosten für die Müllbeseitigung aus

Mietertafeln bezahlen muß, dann kann man auch geordnete und hygienische Zustände verlangen. Oder soll die durch die Volksverehrung ständig steigende Zahl der tuberkulösen Erwachsenen und Kinder mit Unverstand und Rücksichtslosigkeit noch vermehrt werden? E.

Wie Automatenabnehmer überörtlich werden.

Auf eine Beschwerde hin erklärte die Gesellschaft, daß die Einziehung der Gasgelder nur in der nachstehend beschriebenen Form vorgenommen werden könne. Kurz vor dem Ersten jeden Monats erscheint ein Beauftragter und stellt bei den anderen Gasentnehmern den Gasverbrauch fest. Erst im Laufe des nächsten Monats erfolgt das Einziehen der Beträge und dann wird erst bei den Automatenabnehmern festgestellt, welchen Verbrauch sie hatten. Bei Erhöhung des Gaspreises sind sonach die minder Zahlungsfähigen gezwungen, für das im vergangenen Monat bedeutend billigere Gas schon den neuen Preis zu entrichten. Eine derartige Handhabung muß als unerhört bezeichnet werden, ist doch die letzte Steigerung von 120 M. auf 200 M. für den Monatsverbrauch umgerechnet, schon allein eine große Belastung, die kaum getragen werden kann. Eine Umwandlung ist für den Arbeiter und Angestellten unmöglich, da die Kautions derart hoch ist und damit sämtliches Gerät wie Lampen, Gaskosten selbst angeschafft werden soll. Wenn beim Inzasso der Verbrauch notiert worden ist und die Gasgesellschaft unbedingt Personal sparen will, muß sie eben nach dem abgelesenen Verbrauch einen Durchschnitt festsetzen und danach den Betrag errechnen, der für den zurückliegenden Monat zu bezahlen ist. Der unerschwinglich erhöhte Mehrbetrag wäre für die nächste Zahlung gutzubringen. Jedemfalls zieht sie nach dem augenblicklichen Modus Gelder ein, die ihr nicht zustehen. Abhilfe muß unbedingt geschaffen werden. R. U.

Die Lesefäle der Universität und Bibliothek.

Aus Studentenkreisen geht uns nachstehende Anregung zu: Die Lesefäle der Universitätsbibliothek und der Universität sind dankenswerterweise gegenüber der Vorkriegszeit erheblich länger der Benutzung der Studierenden zugänglich. Gegenwärtig sind die Säle bis 9 Uhr abends geöffnet. Viele Studenten würden es auf das herzlichste begrüßen, wenn es möglich wäre, diese Zeit noch um 1 bis 2 Stunden zu verlängern. Der Vorteil, der sich hieraus für die Studierenden ergäbe, liegt auf der Hand: Zahlreiche Studenten, die aus Mangel an Mitteln ihre dürftigen Zimmer nicht heizen und nicht beleuchten können, so daß an ein Arbeiten an dunklen und kalten Wintertagen nicht zu denken ist, hätten hierdurch die Möglichkeit, in warmen und beleuchteten Räumen ihren Studien nachzugehen. Die Hauptschwierigkeit, die sich vielleicht hierbei ergeben und wohl auch beherrschbar ist, eingehend werden könnte, bestände in der notwendig werdenden Verlängerung des Aufsichtsdienstes. Gerade hier aber wäre vielleicht die Studentenschaft in der Lage, von sich aus Mittel und Wege anzugeben, die dem Staat das Erwerben neuer Unkosten ersparen. Das Kultusministerium würde sich ein Verdienst um die Studentenschaft erwerben, wenn es möglichst bald den hier gemachten Vorschlag einer Durchprüfung unterziehen wollte.

Mit 38 Jahren zu alt.

Im „Vorwärts“ wurde kürzlich gemeldet, daß ein Bankhehler 85 Millionen unterschlagen hat. Solche Dinge wiederholen sich fast täglich. Ich bemerke dazu: Seit dem Kriegsausbruch bin ich als Postangestellter, sogenannter Postausbehalter, tätig. Aber schon jetzt Jahren heißt es, die Angestellten müssen entlassen werden. Um diesem Unheil vorzubeugen, bemühe ich mich um eine Vertrauensstellung, aber vergebens. Das Endresultat der Poststellung ist: So, Ihre Zeugnisse sind sehr gut, aber — wie alt — 38 Jahre — ich bedauere, Sie sind zu alt. So geht es schon seit Monaten, immer dieselbe Antwort. Ich war 4 Jahre im Felde, was heute natürlich niemand mehr berücksichtigen will. Im Geschäft herrscht die weibliche und die männliche allgeringste Jugend. Andere Angestellte werden auf die Straße gestoßen, ob sie tüchtig sind oder nicht. Alles das wirkt geradezu herausfordernd. R. D.

Die vergessenen Leidtragenden.

Wer in der heutigen Zeit gezwungen ist, einer Einäscherungs- oder Erdbestattungsfeier beizuwohnen, dem entstehen durch Arbeitszeitverlust, Fahrgebelter und dergleichen erhebliche Kosten. Das Opfer wird jedoch gern getragen, wenn es sich um einen lieben Toten handelt. Natürlich will nun auch jeder, der weder die Kosten noch sonstige Mühe gescheut hat, an der Trauerfeier mitschließen. Diese Teilnahme war jetzt 40 Leidtragenden, die sich am Montag, den 12. Februar, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Gerichstraße eingefunden hatten, leider verlor. Des kalten und rauen Wetters wegen hatten sich viele Teilnehmer in die geheizte Wartehalle zurückgezogen. Der leitende Beamte meidete laut die Freier für die vorhergehende Beize an. Infolgedessen war die Leidtragenden auf die Ansjage der Trauerfeier ihres Toten. Aber dergleichen, der Aufruf blieb aus. Die Angehörigen hatten sich bei ihrer Ankunft in die Halle begeben und sofort fand die Freier statt. Die Anwesenden wunderten sich zwar nicht wenig über die geringe Beteiligung. Kein Wunder, denn während dessen sahen die Arbeitskameraden, Verwandten und Bekannten in dem Barterium. Es ist erklärlich, daß sich nach der Freier gegen den Beamten eine allgemeine Empörung Luft machte. Zwar behauptete der eine Beamte, daß er durch Ansjage der Trauerfeierlichkeit seiner Pflicht genügt hätte, das müssen jedoch die Teilnehmer, die sich im Barterium befanden, als direkte Unwahrheit bezeichnen. Im Interesse aller Trauerfeierlichkeiten, die dort draußen oder anderswo stattfinden, müssen die Leidtragenden auch in dem Barterium, wenn ein solcher vorhanden ist, auf die Freier ihres Toten aufmerksam gemacht werden.

Aufnahmetermin der höheren Schulen von Berlin und Provinz Brandenburg ist künftig nur noch Ostern. Zum ersten Male fällt in diesem Jahre die Michaelis-Aufnahme für die unterste Klasse weg. Zur Oster-Aufnahme für die unterste Klasse sind Meldungen bei den Direktoren der betreffenden Anstalten einzureichen.

Das Volkshochschulamt Treptow veranstaltet Sonnabend, den 17. Februar, 7½ Uhr, in der Aula des Realgymnasiums Treptow, Konzerte, einen Gerhart Hauptmannabend. Programm: Volkshochschule, gefungen von einem Schülerchor. Vortrag über: Gerhart Hauptmann und seine Werke. Regitationen: „Die Weber“ und „Hanneles Himmelfahrt“, vorgelesen von dem Genossen Leo Renter. Karten zu 150 M. für Erwachsene und 75 M. für Kinder an der Kasse.

Bildungsausschuss Friedmann. Letzte Abend 7½ Uhr in der Aula der Gemeindefschule, Offenbacher Straße (Kilmerdorf) „Lutige Musik“. Die Operette von Offenbach über Lazar. Mitwirkende: Dr. Ernst Koll (einleitende und verbindende Worte und Klavier), Frau Gertrud Boll (Gesang), Hermann Hoppe (Sello), Professor Jeller (Violine), Sololanzertinnen aus der Schule Lucie Rothmeyer. Eintrittskarten à 100 M. sind noch an der Kasse zu haben.

Volkshochschule Groß-Berlin. Am Sonntag, den 18. Februar, vormittags 10½ Uhr, findet in der Aula des Realgymnasiums, Treptow, Konzerte statt, in deren Mittelpunkt ein Vortrag von Dr. E. Lange, „Der Sinn des Lebens“ steht. Amrache im Rahmen funktionsdienlicher musikalischer Darbietungen (Verhören, Besita, Schubert). Karten zu 20 M. am Saaleingang. Auch Gäste willkommen.

Museumsführungen. Sonntag, den 18. Februar, 11½ Uhr vorm., finden wissenschaftliche Führungen durch Direktoralbeamte im Alten Museum (Griechische Grabmalereien) und im Kaiser-Friedrich-Museum (Islamische Kunst) und im Museum für Völkerkunde (die Völker des weissen Amerika) statt. Eintrittskarten zu 1 M. und Programme zu 2 M. sind vor Beginn der Führungen am Eingang der genannten Museen erhältlich.

Socialistischer Studentenbund. Gen. Dr. Paul Herz, R. D. R. spricht am Montag, den 19. d. M., 8 Uhr, im Rahmen des Deutschen Republikanischen Studentenvereins im großen Hörsaal des Museums für Völkerkunde, Georgenstr. 24/26 über „Arbeitslosigkeit als Problem der Volkswirtschaft“. Eintritt frei. Gäste willkommen.

Heber Produktionschule, Arbeitswissenschaft und Lehrerbildung (praktische Erörterungen der Bereiche 1917—1921) spricht der Moskauer Schulleiter Professor Dr. Lemtin am Montag, den 19. Februar, 7½ Uhr, im Hadel-Saal (An den Seiten 4, Institut für Erziehungswissenschaft) in öffentlicher Versammlung des Bundes Entschlossener Schulreformer. Der Vortrag findet mit Lichtbildern statt.

Der Internationale Bund der Kriegsober veranstaltet am Sonntag, den 18. Februar, vormittags 10 Uhr, im Saalbau Friedberg, Berlin und Riemer Festhallen zwei Festern. Mitwirkende: Männerchor Friedberg, Sängerchor Friedberg, Turnverein Friedberg, Wandballklub Kapoll, Orchesterbandmusik, Streicherorchester und Ernst Friedberg. Karten à 100 M. bei Karl Bergmann, Oranienstraße 100; Gabelung, Gäßler Straße 46; Bundesleitung, Zögeler Str. 15; Marsgral, Ränstr. 24, II; Sekretariat.

Genosse Warrer Meier spricht Sonntag, den 18. Februar, vorm. 10 Uhr, in der Trinitatisstraße in Charlottenburg (Untergrund, Bismarckstraße). Thema: „Versuchung und Sünde“.

Sturmatastrophen in Amerika.

Die Vereinigten Staaten werden von schweren Stürmen heimgesucht, die zu Lande und zu Wasser großen Schaden

Jugendveranstaltungen.

Waltung, Abteilungsarbeiten! Es wird daran erinnert, daß die Abteilungen der Gewerkschaften...

Morgen, Sonntag, den 18. Februar.

Lebensnahe Wanderung nach Reibitz, Rudowitz. Treffpunkt: 1/2 Uhr...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Berlin, e. V. Geschäftsstelle: R. 17, Schönholzer Straße 30...

Arbeiter-sport. Heden-Spiele am Sonntag. Bismarck II - Charlottenburg I in Bismarck...

Arbeiter-sport.

Heden-Spiele am Sonntag.

Bismarck II - Charlottenburg I in Bismarck, Bismarck II - Charlottenburg I...

Fußball.

Im Schwab-Bezirk finden am Sonntag zwei Auscheidungsspiele statt. In Lichterfelde...

EDEL-LIKÖRE

Delpy Weinbrand. A-Delpy & Co A-G Berlin, N24-Johannisstr. 18/19

Möbel

billige Preise Wohnz., Schlafz., Speisenz., Herrenz., Bunte Küchen...

Wilhelm Groger

Am Donnerstagabend verstarb nach längerem Leiden unser Angestellter im Parteilbureau...

Gold kommt. Wer Cichstiff verwendet. Er ist gut, billig und beständig!

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus, Volkshöhne, Schauspieltheater, Komische Oper, Residenz-Th., Circus Busch, Kleines Th., Urania, Garderobe, Herrens-Damen, M. Beiser, Lothringstr. 67

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Max Bacher, Emil Joppig

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verbandsversammlung der Kesselschmiedelehrlinge

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Funktionärskonferenz

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Wilmersdorf

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Wilmersdorf

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Wilmersdorf

Verkäufe

Frühjahrsauktion, Ubergangsmittel, Schmiedelehrer, Kesselschmiedelehrer

Verkauf von Werkzeugen, Maschinen, Eisenwaren

Verkauf von Möbeln, Teppichen, Porzellan

Verkauf von Musikinstrumenten, Fahrrädern

Verkauf von Kaufgesuchen, Arbeitsmarkt, Stellenangebote

Verkauf von Galvanoplastik, Bleilötlern

Verkauf von Werkzeugen, Maschinen